

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 19. Dezember. Se. Majestät der König haben Allernächst ge- rüht: Dem Geheimen Regierungsrath Higig den königlichen Kronenorden dritter Klasse und dem Geschäftsinhaber der Diskontobank, Hansemann, hier selbst, den königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem im Ministerium des königlichen Hauses angestellten Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator, Rechnungsrauth Bernhard, den Charakter als Geheimer Rech- nungsrauth zu verleihen, und den Gerichts-Assessor Binder in Burg zum Staatsanwalt derselbst zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 19. Dezember Morgens. Die Morgenblätter sind der Ansicht, daß gestern für die Kabinetsbildung entscheidende Schritte geschehen sind. Es gilt für sicher, daß Gisela das Portefeuille des Innern übernehmen werde, für das Finanzportefeuille werden Brestl und Hock genannt. Graf Andrássy und Freiherr v. Beust hatten gestern beim Kaiser eine Audienz. Andrássy dringt auf die Erledigung der Wehrfrage.

Wien, 19. Dezember Nachm. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde das Duotengesetz sowie das Staatschuldengesetz nebst den dazugehörigen Resolutionen genehmigt. — Die Kommission des Herrenhauses für konfessionelle Angelegenheiten berieb heute die im Unterhause beantragten Gesetzentwürfe betreffend die Ehegesetzgebung und die Trennung der Schule von der Kirche. Kardinal Nauschitz bekämpfte die Entwürfe in ansführlicher Rede, während Lichtenfels für dieselben eintrat. Der Minister v. Hys erklärte, daß der demnächst zu ernennende Kultusminister die Anschauungen der Regierung über diesen Gegenstand fundgeben werde.

Pest, 19. Dez. Der Reichstag hat heute den Zoll- und Handelsvertrag angenommen. Auf der morgigen Tagesordnung steht das Indemnitätsgesetz und das Gesetz, betreffend die Emancipation der Juden; die Centralkommission empfiehlt deren Annahme.

Dresden, 19. Dezember, Nachmittags. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdner Journals“ bestätigt, daß die österreichische Regierung nicht beabsichtigt, den politischen Dualismus auf das Gebiet der Militärangelegenheiten zu übertragen. Nach Außen müßten beide Reichshälften eine kompakte Masse bilden, um jedem Angriffe eine festgegliederte Front bieten zu können.

Schwerin, 19. Dezember, Vorm. In der gestrigen Landtagssitzung zu Sternberg hat auch die Landschaft die landesherrlichen Geldforderungen bedingungslos bewilligt, und ebenso wurde die Seitens der Regierung verlangte Niederlegung eines engeren Ausschusses zur Abgabe von Erklärungen rücksichtlich der den Eintritt des Großherzogthums in den Zollverein betreffenden Verfassungen genehmigt.

Karlsruhe, 19. Dezember, Abends. Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Schulgesetz im Wesentlichen nach den Anträgen der Kommission mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Hamburg, 19. Dez., Morgens. Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Hannover telegraphisch gemeldet, daß der Oberpräsident Graf zu Stolberg auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage zu Geldsammlungen in der Provinz behufs Beschaffung eines Ehrengeschenkes für den ehemaligen König von Hannover zu der im nächsten Jahre bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit desselben mit der Mahazade die Genehmigung ertheilt hat, daß bei Veranstaltung dieser Sammlungen alle ungeeigneten politischen Demonstrationen vermieden würden.

London, 19. Dezember, Morgens. „Daily Telegraph“ meldet, daß auch das Filiale des Hauses Nixon & Hill in Liverpool seine Zahlungen eingestellt hat.

Die fällige Post von der afrikanischen Westküste ist eingetroffen. Paris, 19. Dez. Nachmitt. Gelehrte Körper. Nachdem der Präsident angezeigt, daß die drei Interpellationen Picard's von den Bureaux verworfen seien, begann die Debatte über das Militärgefecht, in welcher zunächst Jules Simon das Wort ergriff.

Gegenüber den Anklagungen mehrerer Journale versichert „Gendarde“, daß in der Frage betreffend die Wirkung der neuen Zwischenfall eingetreten sei; bis jetzt habe keine der Grossmächte ihre Anschauungen über diesen Gegenstand geändert.

Paris, 19. Dezember, Abends. Deputirtenkammer. Debatte über das Armeegesetz. Jules Simon erklärt sich gegen das Gesetz, welches er hinsichtlich seiner Opportunität, seiner Wirklichkeit und unter Berücksichtigung der dem Lande auferlegten Lasten geprüft habe. Redner ist der Ansicht, daß das neue Gesetz die Kosten für die Armee zu sehr steigere. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Errichtung einer mobilen Nationalgarde, durch welche alle Vortheile der Ausloosung wegfielen, seien ebenfalls tadelnswert. Die Politik der Regierung in dieser Angelegenheit müsse die fremden Nationen verlegen. Nachdem man so viele Fehler begangen, sei der jetzige Augenblick besonders schlecht gewählt, um von dem Lande zu verlangen, daß es alle seine Kinder herzebe. Die wahre Stärke eines Landes beruhe nicht in einer stess unter den Waffen stehenden Armee, sondern in dem Patriotismus seiner Bewohner. Baron David meint darauf hin, daß an der anderen Seite des Rheines eine vom Siege berauschte Militärpartei, jenseit der Alpen aber eine gegen Frankreich feindlich gesinnnte Partei der Revolution existiere. Diese Situation gebiete für Frankreich eine besondere Vorsicht. Wir bedürfen, fährt der Redner fort, einer starken Organisation für unsere Armee; diejenige aber, welche die Regierung jetzt vorlegt, wird sowohl dem Lande wie Europa am Wenigsten drückend seien. Der Patriotismus legt der Kammer die Pflicht auf, das Gesetz einstimmig zu votiren.

Der Senat eröffnete heute die Diskussion über eine Petition betreffend die Abschaffung der Todesstrafe. Gouhot und St. Germain empfehlen zur Tagesordnung überzugehen. Die Diskussion wird Dienstag fortgesetzt werden.

Haag, 19. Dez., Vorm. Gutem Vernehmen nach wird die Kammer session morgen geschlossen werden und alsdann die Auflösung der zweiten Kammer erfolgen.

Florenz, 18. Dez. Abends. Die Deputirtenkammer genehmigte einen Kredit von 6,620,000 Fr. zur Anschaffung von Waffen. Darauf wurde die Debatte über die Interpellation fortgesetzt.

Der Ministerpräsident Menabrea, welcher zunächst das Wort nahm, teilte mit, daß zuerst Nigra den Gedanken einer theilweisen Besetzung des Kirchenstaates durch italienische Truppen angeregt habe; von eben demselben sei auch der Vorschlag zur Berufung einer Konferenz ausgegangen. Die von der Regierung acceptierte Grundlage der Konferenz habe in der Erfüllung der nationalen Forderungen unter Aufrechterhaltung des Papstes bestanden. Gegenüber den verlegenden Bemerkungen, mit welchen die französischen Minister sich über jene Vorgänge geäußert hätten, habe die Regierung die nötigen Gründungen in Paris gemacht. Der Ministerpräsident weist alsdann darauf hin, daß die römische Angelegenheit eine Frage der Zeit sei, und daß man sich es vorbehalten müsse, die zur Lösung derselben tauglichen Mittel ausfindig zu machen. Es seien vor Allem moralische Mittel zu empfehlen, welche jedes gewaltsame Vorgehen ausschließen, denn hierdurch könne man die Gewissen der Katholiken nicht besiegen. Es sei angenehmer, daß der Papst durch die Natur der Dinge genötigt sein würde, die Unterstützung der italienischen Regierung anzunehmen; dies würde das sicherste Mittel sein, um nach Rom zu gelangen, und dort zu bleiben. Redner betont die erheblichen Wohlthaten, welche Italien der monarchischen Regierung verdanke, und lebt dem gegenüber die Nebenstände auseinander, welche die Expedition der Freiwilligen den inneren und äußeren Beziehungen Italiens zugefügt habe. Es scheine übrigens, als ob der Garibaldianismus seine Rolle ausgespielt habe. Italien bedürfe vor Allem der Ruhe und der Ordnung, um zahlreiche Schäden zu heilen, nur um Institutionen des Landes und vornehmlich die Armee wieder zu kräftigen. Die Regierung wolle die Freiheit im Innern aufrechterhalten, ohne jedoch deshalb die fortwährenden Agitationen zu dulden. Der Minister fordert die verschiedenen Parteien der Kammer auf, sich offen für oder gegen das Ministerium auszusprechen; er wolle kein Votum, das ihn von irgend einer Schuld freispreche, sondern offene Billigung oder Mizbilligung seines Verfahrens. Es sei sein Wille, die Missbräuche kräftig zu unterdrücken, welche sich gelegentlich der letzten Ereignisse gezeigt hätten, er werde sich mit dem Parlamente über die Maßregeln, in die in dieser Hinsicht zu ergreifen, im Einvernehmen setzen.

Florenz, 18. Dezember, Abends. Die „Gazette d'Italie“ kündigt an, daß in Folge einer Verfügung des Kriegsministers die Wehrpflichtigen der ersten Kategorie der Altersklasse 1846 einberufen werden.

Über die gestrige Rede Rattazzi's in der Deputirtenkammer berichtet ein ausführlicherer Auszug folgendermaßen: Rattazzi teilte das Ministerium, gegen das abgetretene Kabinett wegen der Expedition der Freiwilligen Anschuldigungen erhoben zu haben, während es selbst in seiner Hand Dokumente habe, welche bewiesen, daß das Kabinett, an dessen Spitze Redner gestanden, stets bemüht gewesen sei, die Expedition zu verhindern. Das Ministerium Menabrea habe nicht mit der nötigen Energie gegen die französischen Intervention und gegen die seitens der französischen Regierung dem Volke und der Krone Italiens zugefügten Beleidigungen protestirt. Redner ist erstaunt, daß Minister Napoleons III. die Rühmheit besitzen, die auf Grund einer freien Volksabstimmung vorgenommene Annexion der neapolitanischen Provinzen als eine Züchtigung hinzustellen. Die Trennung der päpstlichen von der weltlichen Gewalt in Rom sei unerlässlich. Ohne diese Frage zu endgültiger Lösung zu bringen, werde man niemals die Bedeutung der das Land durchwühlenden Auseinandersetzung herbeiführen. Redner habe es stets offen ausgesprochen, daß er die Expedition Garibaldi's weder für zeitgemäß noch für vernünftig halte. Die Urheber der Septemberkonvention treffe der Verdacht, mit einer stärkeren Macht Vereinbarungen unterzeichnet zu haben, welche an sich unklar seien und jener Macht Berechtigungen einräumen, die mit der Unabhängigkeit der italienischen Regierung geradezu im Widerspruch stehen. Zu solchen Berechtigungen sei unter andern zu zählen, daß das französische Ministerium über alle Akte der inneren Polizei in Italien Kontrolle ausüben darf. Rattazzi erklärt, er habe alle irgend denkbaren Mittel ergriffen, um die Invasion in das päpstliche Gebiet zu vereiteln, und fordert die Regierung auf, sämtliche Dokumente und Depeschen dem Hause vorzulegen, um den Widerstand, den das abgetretene Kabinett geleistet, nachzuweisen. Tie an der Grenze aufgestellten Truppen seien stark genug gewesen, um den Übergang bewaffneter Banden zu vereiteln, wie es die Septemberkonvention forderte; den Übergang vereinzelter Individuen hätten sie allerdings nicht hindern können. Mit Rücksicht auf das römische Brigantewesen werde die Grenze fortwährend von italienischen Truppen überwacht, und doch gelinge es den Briganten immer wieder, über die Grenze zu kommen. Auch Ostreich sei es trotz seiner großen Wachsamkeit im Jahre 1859 nicht möglich gewesen, den Übergang von 20,000 Freiwilligen über den Tschin zu verhindern.

Rattazzi wird morgen (19. Dezember) noch einmal das Wort ergreifen. Nach ihm sprach Nicotera. Derselbe bestätigt, daß das Kabinett Rattazzi dem Unternehmer Garibaldi's entgegenarbeitete, und seit auseinander, durch welche Mittel es den Freiwilligen gelungen, die Wachsamkeit der Truppen an der Grenze zu täuschen.

Inserate
1 1/4 Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Florenz, 18. Dezember, Abends. Den Behauptungen der „Patrie“ gegenüber hält die „Italienische Korrespondenz“ aufrecht, daß die letzten Depeschen Menabrea's an die französische Regierung zum Zweck haben, Erklärungen über die von Rouher im gesetzgebenden Körper geführte Sprache zu erbitten.

Petersburg, 18. Dez. Der den Botschaftern in Paris und Konstantinopel, Freiherrn v. Budberg und General Ignatief, jetzt bewilligte Urlaub war von denselben bereits im Laufe des vergangenen Sommers erbettet worden. Die gleichzeitige Herkunft der beiden Diplomaten wird zu Konferenzen mit dem Reichskanzler Anlaß geben. Von einem bevorstehenden Rücktritt des Fürsten Gortschakoff ist hier nichts bekannt.

Die außerordentliche General-Versammlung der Posener Real-Kredit-Bank
fand gestern hier im Hotel de Rom statt. In derselben waren 97 Aktionäre mit 215 Stimmen vertreten, welche einen Aktienbetrag von ungefähr einer Viertel Million repräsentirten. Der Präsident des Aufsichtsraths, Herr Kennemann, eröffnete die Verhandlung gegen 11 Uhr und trug den nachstehenden Bericht über die Geschäftslage vor:

1. Die Gründung.

Die erste Einzahlung von 25 % auf das gezeichnete Aktien-Kapital war zum 3. April c. ausgeführt. Dieselbe erfolgte in der Höhe von 105,250 Thlr. und es wurde in der konstituierenden Generalversammlung am 11. April c. die Gesellschaft gemäß Art. 177 des §. G. Buches mit einem Aktien-Kapital von 421,000 Thlr. gegründet. Nachdem die Anmeldung der Gesellschaft beim Handelsgericht erfolgt und die sonstigen nötigen Vorbereitungen getroffen waren, wurde das Hauptgeschäft am 1. Juni c. förmlich eröffnet.

Die Bonds der Bank haben indes bis zur förmlichen Gründung des Geschäfts nicht steril gelegen; sie waren theils in soliden Papieren, theils zu einem entsprechenden Binsasse bei hiesigen Bankiers angelegt, von welchen sie nach Bedarf zurückgezogen und in die verschiedenen Kanäle unseres geschäftlichen Wirkungskreises geleitet wurden.

2. Die Mittel der Bank bestanden:

a) aus der ersten Aktienrate per 25 % bis 1/10 d. J.	Thlr. 122,600
b) aus der zweiten Aktienrate per 25 % vom 1/10 d. J. ab	120,000
c) aus der Überzahlung auf Aktien	4,115
d) aus der Einlage des persönlich haftenden Gesellschafters	2,500
e) aus den Einlagen der stillen Gesellschafter v. 1. April ab	6,170
f) aus den Einlagen der stillen Gesellschafter v. 1. Juli ab	6,570
g) aus den Einlagen der stillen Gesellschafter v. 1. Okt. ab	6,200
h) aus den Depots, welche von Privaten und einem kgl. Institut bei uns niedergelegt wurden, zeitweise die Höhe von 36,000 Thlr. erreichten, gegenwärtig aber noch vertragen	10,300

Summa des gegenwärtigen Betriebskapitals Thlr. 278,455

Das gegenwärtig gegebene Aktien-Kapital beträgt Thlr. 516,000

Hierauf sind von der ersten Einzahlung im

Rückstande geblieben Thlr. 6,400

Von der zweiten 2,750

In Summa Thlr. 9,150

Wegen dieser säumigen Zahler wird in der heutigen Versammlung Be- schluss gefaßt werden.

So weit die gesetzlich erforderlichen 25 % eingezahlt waren, haben wir in unserer Sitzung vom 4. November c. das Aktien-Kapital erhöht, welches dem entsprechend in den nächsten Tagen durch das Gericht zum Gesamtbetrage von nunmehr 488,000 Thlr. veröffentlicht werden wird.

3. Die Geschäftszweige der Bank waren folgende:

1. Hypotheken-Lombard und Hypotheken-Aufkauf (§. 9—13. der Statuten).	10,300
Der Bestimmung unseres Instituts gemäß bestand unsere hauptsächlichste Tätigkeit in der Gewährung von Hypotheken-Lombard-Darlehen.	
Es betrugen diese	175,560

Darauf sind zurückgezahlt 10,160

Bleiben ausgeliehen Thlr. 165,410

Den Grundsätzen der Bank entsprechend haben wir uns vom Aufkauf von Hypotheken im Allgemeinen fern gehalten und nur in 2 Fällen, in denen sich der Bank besondere Vortheile darboten, haben wir Hypotheken im Gesamtbetrage von Thlr. 31,000 käuflich erworben.

Die an die Bank gestellten Ansprüche auf Darlehen gegen Verpfändung von Hypotheken haben sich bald derart gehäuft, daß wir seit längerer Zeit schon uns auf diejenigen Hypotheken haben beschränken müssen, die einer ergänzenden Sicherheit nach §. 13 des Statuts nicht bedurften. Auch diesen Ansprüchen können wir gegenwärtig bei den beschränkten Mitteln der Bank nicht mehr gerecht werden und wir müssen uns damit begnügen, die betreffenden Anträge bis zum Eingange weiterer Mittel vorläufig zur Berücksichtigung anzuwerken.

Was die Dauer der gewährten Kredite betrifft, so haben wir aus denselben Gründen auf langjährige Darlehen nicht eingehen zu dürfen geglaubt, wenn nicht zum Nachteil der Mehrzahl der von uns vertretenen Interessen nur einzelne Wenigen gedient werden sollte. Unter den obwaltenden Umständen konnte unser Institut keine segensreiche Wirksamkeit ausüben, als in Fällen augenblicklicher Verlegenheiten helfend einzutreten und den durch Rücksichtungen gedrangten Gutsbesitzern die nötigen Mittel bis dahin zu gewähren, daß es ihnen gelang, dauernde Darlehen anderweit zu beschaffen. Dies hat die Bank nach Kräften gethan.

Die Ausgabe von Hypothekenbriefen, mit deren Vorbereitung wir fortlaufend beschäftigt sind, wird die Bank in hoffentlich nicht allzu langer Zeit in die Lage segen, auch dem Bedürfniß nach langdauernden Krediten gerecht zu werden.

Der Abgabe der angekauften und der Vermittelung des Verkaufs fremder Hypotheken haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit zugewendet und Verbindungen zu diesem Bechu angeknüpft, die uns für diesen lohnenden Geschäftszweig in der Folge gute Aussichten eröffnen.

Gleichzeitig unterlassen wir nicht, unsere Dienste Kapitalisten anzubieten, welche mit uns der Überzeugung sind, daß der unvergängliche Werth des Grund und Bodens die beste Sicherheit für jedes Darlehen ist.

2. Effecten-Lombard. §. 14.)
Unsere Erwartung, durch die Beleihung ausländischer Effecten einem Bedürfniß abuhelfen, hat sich bestätigt. Der Verkehr in diesem Geschäftszweig wird unzweifelhaft eine bedeutende Ausdehnung erreichen, wenn erst die Kenntnis von denselben sich in weitere Kreise verbreitet.

Es wurden bis jetzt auf Effecten-Darlehen gewährt Thlr. 92,440
Darauf sind zurückgezahlt 68,395

den bis jetzt Darlehne gewährt	Thlr. 6,685
Darauf sind zurückgezahlt	2,875
Bleiben ausgeliehen	Thlr. 3,810
4. Wechselverkehr. (§. 16. §. 21. des Statuts.)	
Gemäß den Bestimmungen des Statuts hat sich dieser Geschäftszweig nur in engen Grenzen bewegt. Unsere Aufgabe ist, dem Boden-Kredit neue Quellen zu eröffnen, und wir haben uns bei der Pflege des Wechsel-Geschäfts vorzugsweise von der Absicht leiten lassen, uns eine stets liquide Reserve in guten Diskonten zu sichern.	
Es wurden bis jetzt diskontiert	Thlr. 99,139
Weitergegeben resp. eingelöst sind	54,049
Bleiben im Portefeuille	Thlr. 45,90
Rimessens-Wechsel gingen ein	45,230
aus	45,230
5. Effektengeschäft. (§. 21.)	
für eigene Rechnung wurden angekauft für	Thlr. 40,497
Verkauft für	12,562
Bleiben Bestand für	27,935
für fremde Rechnung wurden verkauft	84,466
Zum Verkauf in Kommission sind noch vorhanden	50,375
6. Kontokorrent-Verkehr. (§. 19. 21.)	
Der Verkehr in laufender Rechnung mit Privaten, Bankiers, Behörden und Banken betrug bis jetzt Thlr. 535,678 im Debet	
529,639 im Kredit	
Das Guthaben der Banken und Privaten beträgt heute	64,977
Unser Guthaber dagegen	70,996
7. Kassa.	
Der Gesammtumsatz bis heute betrug	Thlr. 579,860
In Einnahme und Ausgabe	575,341
Giebt Kassenbestand	4,519

IV. Handlungs-Umkosten.

Die Handlungs-Umkosten belaufen sich bis heute auf den geringen Betrag von Thlr. 2,019.

Nach dieser Darstellung läßt die Lage unseres Geschäftes schon für dieses Jahr eine gute Verzinsung des Aktienkapitals erwarten, obgleich die Ausdehnung des neuen Unternehmens naturgemäß sich nur langsam entwickeln kann.

In den ersten Monaten des nächsten Jahres werden wir gemäß §. 37. der Statuten der alsdann einzuberuhenden General-Versammlung einen weiter gehenden Geschäfts-Abschluß vorlegen können, welcher den im laufenden Jahre erzielten Gewinn klar legen wird.

Gegen diesen Bericht, der inzwischen auch in Abdrücken an die Aktionäre vertheilt worden war, wurde nichts erinnert.

Der mit dem Jahresabschluß zu erneuernde Aufsichtsrath wurde sodann auf Antrag des Baron v. Winterfeld durch Aklamation, also einstimmig, auf die nächsten fünf Jahre wiedergewählt. Es kam dabei zur Sprache, daß Herr S. Wolff, Inhaber der Firma Hirschfeld und Wolff, aus dem Aufsichtsrath ausgeschieden und an seine Stelle Herr Rechtsanwalt Mehring durch Akoptation gewählt, daß ferner Herr Regierungsrath Schück genöthigt gewesen, auszuscheiden, weil ihm die ministerielle Genehmigung zur Annahme dieser Wahl versagt worden war. Der Antrag, auch den Regierungsrath Schück, der dem Institut die größten Dienste geleistet habe und dessen Wirksamkeit demselben auch in der Folge von wesentlichem Nutzen sein werde, wieder in den Aufsichtsrath zu wählen, stand nicht nur allseitige Annahme, sondern der Aufsichtsrath wurde von der Versammlung auch ausdrücklich beauftragt, sich aufs Neue für die Ertheilung der ministeriellen Genehmigung zum Eintritt des Gewählten in seine Mitte zu verwenden.

Hierauf referierte Herr Rechtsanwalt Mehring über den dritten Punkt der Tagesordnung: Verfahren gegen säumige Aktienzeichner. Aus seinem Referat ging hervor, daß bei der Zahlung der ersten Rate Aktienzeichner mit dem Gesamtbetrag von ungefähr 6000 Thlr. im Rückstand geblieben, die also in allen 4 Raten die Summe von pp. 24,000 Thlr. ergeben würden. Unter den Zeichnern seien auch solche, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft, der größere Theil dagegen sei unbedenklich zahlungsfähig. Ref. stellte im Namen des Aufsichtsraths den Antrag: den Aufsichtsrath zu ermächtigen, diejenigen Zeichner, welche mit der ersten Rate im Rückstand geblieben, soweit deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft ist, außer Schuldverbindlichkeit zu setzen, dagegen die nach Ansicht des Aufsichtsraths zahlungsfähigen Restanten im Wege-Rechtes zur Einzahlung der ersten Rate anzuhalten.

Dieser Antrag wurde gegen den Widerspruch einer Stimme, welche alle Restanten außer Verbindlichkeit gesetzt wissen wollten, angenommen.

Als Publikationsorgane der Realkreditbank wurden auf Antrag des Aufsichtsraths festgestellt: die Berliner Börsen-, die Posener und die Ostdeutsche Zeitung. Andere Blätter, namentlich Dziennik poznański und Bromberger Zeitung, gleichfalls zu bemühen, bleibt dem Aufsichtsrath überlassen.

Herr Rechtsanwalt Bertheim referierte über die Bestellung eines zweiten, persönlich haftenden Gesellschafters in der Person des Hrn. Nendanten Hildt und Aufhebung des §. 40. Abs. 1 der Statuten (die Unterschrift der Firma verpflichtet die Gesellschaft nur dann, wenn ihr außer dem eigenhändigen Namen des persönlich haftenden Gesellschafters noch der eigenhändige Name eines der zur Unterzeichnung befugten Mitglieder des vollziehenden Ausschusses des Aufsichtsraths beigefügt ist).

Da diese Bestimmung von den Gerichten beanstandet worden war, so ergab sich die Notwendigkeit des zweiten persönlich haftenden Gesellschafters, der den Titel Nendant führt, wogegen Herr A. Nitykowski den Titel eines Direktors hat. Der mit Hrn. Hildt auf drei Jahre geschlossene Kontrakt wurde einstimmig genehmigt. Derselbe legt der Gesellschaft keinerlei pecunäre Lasten auf.

Die Firma der Gesellschaft, A. Nitykowski & Comp. Posener Real-Kredit-Bank, soll dahin geändert werden, daß der sachliche Name vorangeht.

§. 53 der Statuten: über die Verhandlungen (der Gen.-Vers.) wird ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufgenommen — wird auf den vom Aufsichtsrath gestellten Antrag, über welchen R.-A. Mehring referirt, dahin deklariert, daß es genügt, wenn das Protokoll von einem Notar oder Richter in nichtamtlicher Eigenschaft (das Handelsrecht fordert dieselbe nicht) aufgenommen wird.

Den Bericht über die im Schoße des Aufsichtsraths geflohenen Vorbereitungen für die Ausgabe von Hypothekenbriefen trug in sehr eingehender Weise Herr Reg.-Rath Schück vor. Nachdem der Präsident erklärt hatte, daß der Gegenstand zu einer Abstimmung in der Versammlung noch nicht reif sei und es sich daher bei der über denselben einzuleitenden Debatte nur darum handeln werde, im Allgemeinen die Stimmung der Versammlung festzustellen, trat besonders eine Differenz darüber hervor, ob kündbare oder unkündbare Hypothekenbriefe auszugeben seien; die Versammlung, welche dem Projekte der Ausgabe von Hypothekenbriefen an sich unzweideutig zustimmte, schien sich schließlich für die Ausgabe

sowohl kündbarer als unkündbarer Hypothekenbriefe auszusprechen und ertheilte dem Aufsichtsrath die Ermächtigung, bis zur Höhe einer Million mit der Ausgabe von Hypothekenbriefen nach seinem eigenen Ermeessen vorzugehen.

Bei der sich hier anschließenden zweiten Abstimmung über die Aufstellung des Hrn. A. Nitykowski als persönlich haftender Gesellschafter (gemäß Art. 180. des H. G. B.) erfolgte, nachdem Herr Regierungsrath Schück die Thätigkeit des Genannten und sein lebhaftestes Interesse für das Gedehnen des Instituts mit einigen Worten charakterisiert hatte, einstimmig dessen Bestätigung.

Überhaupt gab die Einmütigkeit, mit welcher sämtliche Vorschläge des Aufsichtsraths in der Versammlung Annahme fanden, einen erfreulichen Beweis des Vertrauens zu den Männern, in deren Händen die Zukunft des jungen Instituts ruht. Ist dasselbe, wie sich von selbst versteht, nicht ohne Gegner, so sind diese doch nur in den Reihen derselben zu finden, die entweder seiner Wirksamkeit fern stehen oder deren an dasselbe gelangte Anträge in wohl erwogenem Interesse des Instituts keine Berücksichtigung finden könnten.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 19. Dezbr. Der Abschluß der gegenwärtig hier in Berlin geführten Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Frankreich über Modifikationen des zwischen diesem Staate und Mecklenburg bestehenden Handelsvertrages ist nicht nur, wie ich Ihnen vor einigen Tagen mittheilte, bisher noch nicht herbeigeführt worden, sondern es ist nicht einmal mit einiger Zuversicht ein solches Ergebnis in nächster Zukunft zu erwarten. Die vor Kurzem verbreitete Nachricht, daß der Abschluß schon erfolgt sei, scheint sich auf das Vertrauen zu der Willkürfreiheit Preußens gestützt zu haben, auf die Gegenforderungen Frankreichs einzugehen — eine Willkürfreiheit, die in der That nicht vorhanden ist. So sehr man auch eine günstige Lösung der Verhandlungen herbeiwünscht, weil erst dadurch die Aufnahme Mecklenburgs in den Zollverein ermöglicht wird, so wird man sich doch noch einige Zeit gedulden müssen, bis die französischen Forderungen eine annehmbare Gestalt erhalten haben werden. — Am 12. Dezember ist der Geh. Oberfinanzrath Hellwig in Begleitung des Steuerraths Hahn in Petersburg eingetroffen, um die Verhandlungen in der Tarifffrage zu führen, deren Graf Bismarck neulich bei Gelegenheit der Löwischen Interpellation Erwähnung that. Die Bevollmächtigten wurden sofort nach ihrer Ankunft durch den preußischen Gesandten dem Finanzminister und dem Direktor des Zolldepartements, Obolensky, vorgestellt. — Das preußische Kriegsschiff „Augusta“, welches am 11. d. M. Geestemünde verlassen, hat eine Reise nach Central-Amerika angetreten. Die in England im Bau begriffene Panzerfregatte, welche ursprünglich den Namen „Wilhelm I.“ erhalten sollte, wird mit allerhöchster Genehmigung den Namen „König Wilhelm“ führen.

Meldungen zufolge, die aus Paris nach Wien gelangt sind, und, wie die „Debatte“ meint, auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen können, bemühen sich Preußen und England angelegentlich sowohl in Paris, wie in Florenz, eine direkte Verständigung zwischen diesen beiden Regierungen, die römische Angelegenheit be treffend, anzubahnen. Die Botschafterkonferenz bei Hrn. v. Mouster kann sich also auch darauf bezo gen haben. Namentlich soll es Preußen sein, welches, im Einverständnis mit dem Kabinett Menabrea, vermittelnd einschreitet. Die Grundlage dieser Vermittelung würde aber, meint die Nachricht der „Debatte“, nicht die September-Konvention sein.

— Es ist Bedacht genommen worden, daß, obschon die Festungen nicht mehr die Bedeutung wie früher haben, doch den Befestigungen die erforderliche Ausmerksamkeit zugewandt wird. Preußen hat zur Zeit 27 Festungen (früher 30), doch sind es Silberberg, Dürrlich und Schweidnitz bekanntlich nicht mehr, worunter sieben erster Gattung und von diesen wieder drei im Osten des Reichs: Königswart, Danzig und Posen. Thorn in Westpreußen, nahe dem Königreich Polen, soll eine Anzahl neuer Forts, acht oder zehn, erhalten und damit eine höhere Vertheidigungskraft. Eben so soll Stettin mit zwei vorgeschobenen Forts versehen werden; auch in Mainz wird, wie es heißt, eine Verbesserung der Befestigung eintreten.

Breslau, 18. Dezember In der heute stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung der Oppeln-Larnowitzer Eisenbahngesellschaft wurde der Antrag des Verwaltungsrathes wegen Herstellung einer Anschlußbahn an die Warschau-Wiener Bahn bei Herbitz, von einem zwischen Kreuzburg und Kolonowska gelegenen Punkte aus, mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt und demnächst die Beschaffung der erforderlichen Baumittel in ungefährem Betrage von 2 1/4 Millionen Thalern, je nach dem Ermeessen des Verwaltungsrathes, durch Emission von Stamm-Aktien oder Prioritäten mit Stimmenmehrheit beschlossen. Demnächst wurde aber beschlossen, daß in Folge von formellen Bedenken, welche durch den Bankdirektor Bromberg angeregt wurden und in Folge eines erhöhten Protestes gegen die Gültigkeit der heutigen Beschlüsse, weil nach §. 31. der Statuten eine Deposition drei Tage vor der Generalversammlung stattfinden muß, während nach der diesmal erlassenen Bekanntmachung nur eine eintägige Deposition bestimmt war, eine neue außerordentliche General-Versammlung einberufen werden solle, um die Beschlüsse der heutigen Versammlung noch zu bestätigen.

(B. B. 3.)

Sachsen. Leipzig, 16. Dez. Die preußische Besatzung wird Leipzig noch vor Ende des Jahres verlassen. Am 27. Dezbr. marschiert das Füsilier-Bataillon über Eilenburg in seine künftige Garnison Spremberg, am 29. Dezember das 1. Bataillon mit dem Stabe ebenfalls über Eilenburg nach Frankfurt a. O. und an demselben Tage das 2. Bataillon über Wurzen nach Cottbus. Die städtischen Behörden, vertreten durch den jetzt dirigirenden Vice-Bürgermeister Dr. Stephan und den Vorsteher der Stadtverordneten, Joseph, überreichten gestern dem General v. Knobelsdorf, welcher die Stabsoffiziere um sich versammelt hatte, eine große Anerkennung aussprechende Abschieds-Adresse. Dieselbe lautet:

„Hochwohlgeborener, hochzuvorbrehender Herr Generalleutnant! Ew. Exzellenz sind im Begriff, mit den unter Ihrem Kommando stehenden königlich preußischen Truppen unerwartet schnell Leipzig zu verlassen, das, wie wir hoffen, Ihnen und Ihren Truppen bereits zur neuen Heimat geworden war. Die städtischen Körperschaften widmen Ew. Exzellenz und den sämtlichen Herren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Ihrer Truppen hierdurch einen herzlichen Abschiedsgruß, verbunden mit dem Ausdruck des anerkennendsten Dankes für die Humanität und das freundliche Entgegenkommen, dessen wir uns von Ew. Exzellenz sowohl, als Stadtkommandanten, wie von den herren

Offizieren und Mannschaften des Regiments jederzeit zu erfreuen hatten. Das gute Einvernehmen, daß sich zwischen dem königlich preußischen Militär und unserer Einwohnerschaft gebildet hat, ist ebenso der trefflichen Mannschaft, der tüchtigen und umsichtigen Führung seitens der Herren Offiziere zu danken, wie dem Geiste echter Bildung, der die ganze Truppe auszeichnet. Mögen Ew. Exzellenz beim Scheiden sich überzeugt halten, daß Leipzig dem Militär Preußens, zu dem wir jetzt in so feste Beziehungen engster Gemeinschaft getreten sind, jederzeit eine ehrende und freundliche Gesinnung bewahren wird. Wir ersuchen Ew. Exzellenz, der Dolmetscher dieser unserer Gesinnung bei den sämtlichen Herren Offizieren und Mannschaften der bisherigen Garnison zu sein. Unser Dank, unsere Anerkennung, unsere besten Wünsche begleiten die Scheidenden. Seinem Ew. Exzellenz die Sicherung ausgezeichnete Verehrung, womit wir unterzeichnen.

Leipzig, den 14. Dezember 1867.

Der Rath und die Stadtverordneten.

Der General dankte bei Empfangnahme der Adresse für die ihm und seinen Truppen zu erkennen gegebenen Gesinnungen auf das Herzlichste; insbesondere sollte er der Mitwirkung des Raths zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen Militär und Einwohnerschaft seine Anerkennung.

Deutschland.

Aus Nordostreich, 16. Dez., wird der „D. A. Z.“ geschrieben: Im Laufe der jüngsten Woche sind wiederholt Gerüchte über Truppenbewegungen in Schlesien und Galizien gegangen, wo der Stand der Garnisonen ohnedies ein viel stärkerer ist, als er es vor dem vorjährigen Kriege gewesen. Wie nun heute aus Krakau geschrieben wird, ist an der militärischen Verstärkung Galiziens nicht mehr zu zweifeln. Das in Krakau befindliche Militär-Oberverpflegungsamt hat den ihm unterstehenden Garnisons-Verpflegungsämtern zu Bochnia, Tarnow und Rzeszow Befehl gegeben, für die in jenen Kreisen demnächst eintreffenden Truppen die nötigen Vorräte zur Beschaffung des Brotes, der Fougasse und anderer Proviantartikel zu treffen. Es heißt, es soll nämlich eine bedeutende Verstärkung an Kavallerie eintreffen, die nach dem Bochnier, Tarnower und Rzeszower Kreise verlegt werden soll. Auch die Garnison Lembergs erwartet Nachschüsse aus Ungarn, welche in Munkacs sich sammeln und über den Karpatenpass bei Klinice nach Galizien rücken sollen. Indes dürfen auf diesem Wege die Truppenmärkte wohl nicht so bald stattfinden, da bei der gegenwärtigen Wintersonne, die diesmal eine sehr strenge ist, die Karpatenpässe verschneit und fast unwegbar sind. — Auch sonst herrscht unter den in Mähren, Schlesien und Galizien stehenden Truppen viel Bewegung. In jüngster Zeit sind für jene mittels der Nordbahn eine große Zahl Hinterländer von den Wiener Wehrfabriken angelommen, welche fortwährend an der Beschaffung der neuen Waffe arbeiten. Die Regimentskommandanten haben die Offiziere bereits angewiesen, die Mannschaft in der Handhabung des neuen Gewehrs theoretisch zu unterrichten, was in den Kasernen einen großen Theil des Tages in Anspruch nimmt.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Dez. Außer der Brandstiftung im Herzen der City ist ein ähnlicher Versuch im elegantesten Quartiere des Weltens, in Grosvenor Square, gemacht worden, woselbst eine mit Bündstoff gefüllte Flasche durch ein Fenster des Erdgeschosses in die Bibliothek eines Hauses geworfen wurde (es gehört einem Herrn Treke, Bruder von Lord Garibury); es folgte eine dritte Brandstiftung im Soho-Square, doch ist dieser Fall nicht genügend konstatiert. Die Polizei scheint die Sache vertuschen zu wollen, um nicht übermäßige Besorgnis zu erwecken; der Umstand jedoch, daß flüssiger Bündstoff (sogenanntes Fenierfeuer) angewandt sein soll, genügt, um den Verdacht wach zu rufen, daß die Fenier nichts Geringeres im Sinne tragen, als London an vielen Seiten in Brand zu stecken, sei es aus Rache, oder um in der Verwirrung ihre gefangenen Brüder zu befreien. Zum Überflusse ist in der Vorstadt Kennington wieder einmal im Dunkeln auf einen Polizisten geschossen worden. Kein Wunder daher, daß die Stimmung eine sehr unbehagliche ist und die Erbitterung gegen das Fenierthum steigt. Die Berichte der Hospitäler, in denen die Verwundeten von Clerkenwell untergebracht sind, laufen herzhreibend. Außer den drei durch die Explosion auf der Stelle tot gebliebenen ist ein armes achtjähriges Mädchen seinen Wunden erlegen, und selbst diejenigen, welche nur durch Glassplitter getroffen wurden, leiden furchtbarlich, darunter Kinder und Greise, die den Stoß vielleicht nicht überleben werden. Den Schauspiel der ruchlosen That halten starke Polizei-Abtheilungen noch immer abgesperrt. Gestern besichtigte ihn der Herzog von Cambridge, der auch die Verletzten in den Hospitäler besuchte, und noch immer drängen sich neugierige Massen in den umliegenden Straßen. Der Staatssekretär des Innern war mit seinem Unter-Staatssekretär schon am Morgen nach der Explosion im Gefängnisse gewesen, von dem die Militärwache gestern abzog, nachdem die Gefangenen anderswo sicherer untergebracht worden waren. Im Laufe des gestrigen Tages stellte sich der Privatsekretär Disraeli's in Begleitung eines Sekretärs vom Armenamte ein, welche die heimgesuchten armen Häuser der Umgebung besuchten und von Regierungs wegen den nothleidenden Bewohnern derselben Geld verabreichten, wie denn überhaupt die Regierung entschlossen ist, den Verunglückten zu ersehen, was sie unschuldiger Weise verloren haben und was sich durch Geld eben ersezten läßt. Neben die drei unmittelbar nach der That Verhafteten weiß man nach dem ersten Polizeiverhör nicht viel mehr, als früher. Wir haben erwähnt, daß sie als Mitglieder des Fenierbundes erkannt worden sind, und dies ist so ziemlich alles, was man im großen Publikum über sie weiß. Ein Zeuge erklärte zwar, gesehen zu haben, wie Desmond die Lunte im Falle anzündete, doch scheint die Polizei anderer Meinung zu sein, da sie 300 Pfds. Sterl. Belohnung für die Bebringung des Mannes ausgesetzt hat, der diesen Theil der That vollzog, wobei sie dem Angeber Straflosigkeit zusicherte, vorausgesetzt, daß er nicht selber der Thäter sei. Uebereinstimmende Angaben zufolge hatte der Haupttheld des traurigen Dramas einen grauen Hut auf und war nicht wie ein Arbeiter gekleidet. Bei Desmond soll sich nun zwar ein grauer Filz unter seinem Rock versteckt gefunden haben, im Nebri gen jedoch stimmt sein Aussehen nicht mit obiger Beschreibung. Ob der wahre Thäter je gefunden wird? Erfahrene Polizisten zweifeln fast daran, denn nachdem er sich längere Zeit versteckt gehalten haben werde, würden seine Genossen Sorge tragen, ihn aus dem Lande zu schaffen. Denn daß wir es hier nicht mit einzelnen tollkühnen Gesellen, sondern mit organisierten Banden zu thun haben, beweisen die bisherigen Vorfälle zur Genüge.

Frankreich.

Paris, 17. Dez. Der Hof hat angeblich in Folge des gelin-

den Wetters seinen Aufenthalt in St. Cloud bis zum 28. verlängert, an welchem Tage er jetzt nach Paris zurückkommen soll. Der Kaiser und die Kaiserin werden diesen Winter zum ersten Male den umgebauten Flügel der Tuilerien bewohnen. Dort befinden sich auch die Gemächer, welche der kaiserliche Prinz von jetzt ab beziehen soll. Die Aerzte untersuchten dieselben gestern und erklärt sie für gesund, so daß der Prinz nun nicht den Pavillon Flora bewohnen wird. Die neuen Gemächer des Prinzen liegen neben denen des Kaisers und sind prachtvoll eingerichtet, wie denn überhaupt der Glanz und die Pracht, die in dem neuen Tuilerien-Flügel entfaltet sind, Alles bis jetzt gesehene übersteigen sollen. Der Kaiser selbst hat bis jetzt seine düstere Laune noch nicht abgelegt; er lebt in St. Cloud sehr abgeschlossen und bleibt des Tages gewöhnlich 14 Stunden in seinem Arbeitszimmer. Der alte Felix, sein Kammerdiener, schüttelt, wenn man ihn nach seinem Herrn und Kaiser fragt, bedenklisch das Haupt, während, wenn die Dinge gut gehen, er im heiteren Gesicht zu zeigen pflegt. Er ist so sagen der Barometer für den Kaiser. Auch der Besuch, welcher gestern Lord Clarendon, der plötzlich hier eingetroffen ist, dem Kaiser mache, soll ihn nicht aufgeheitert haben. Clarendon scheint mit einer Art offiziöser Mission — er steht bekanntlich mit der kaiserlichen Familie auf sehr gutem Fuße — betraut zu sein. Zum wenigsten hatte er gestern eine lange Konferenz mit Rouher und soll dann nach Italien abgereist sein.

Italien.

Rom, 12. Dezember. Das Konsistorium ist endgültig auf den 20. Dezember festgesetzt worden; der heilige Vater wird dann mehrere Bischöfe präkonisieren. Man erwartet eine Allocution. Über die Schaffung neuer Kardinale ist bis auf Weiteres vertagt, obwohl in Folge des Absterbens der Kardinale Bonomi und Sterck 20 Hüte vakant sind und der Kardinal Ugolini gefährlich frank ist. Die französischen Truppen, deren Wiedereintreffen in der heiligen Stadt, von dem Papste selbst verkündet worden war, haben nun auch Viterbo wieder geräumt, das sie bisher besetzt hatten, und sich in Civita-Bechia in der Starke von 6500 Mann vereinigt. Der General de Failli weilt noch immer in dieser Stadt, in deren Umgebung ein französisches verschanztes Lager gebildet wird. Zwei anderweitige Kompanien päpstlicher Zouaven sind nach Monte Rotondo abgerückt. Jedes Bataillon dieses Korps zählt jetzt 1200 Mann, so daß das Ganze zusammen 4800 Mann stark ist. Die Bevölkerungen der Provinzen, welche den Franzosen einen ziemlich freundlichen Empfang bereiteten, sind den Zouaven sehr abgeneigt. Überall wiederholt man den von denselben häufig ausgesprochenen Grundsatz: „Man muß das Fleisch aller Italiener zu Wurst hacken.“ Die Auswanderungen der Provinzbewohner in das Königreich Italien dauern noch immer fort. Man sagt, daß der französische Geschäftsträger, Hr. Armand, ein päpstliches Breve erhalten habe, das ihm den Titel „Graf“ verleiht.

Rom, 15. Dezember. Die Franzosen sind zwar nicht, wie man erwartete, höher zurückgekehrt; aber sie werden das Patrimonium nicht so bald räumen, wie es sich sanguinische Patrioten vorstellen. Obgleich nun die französische Intervention schon 6 Wochen alt geworden ist und kein Angriff mehr befürchtet werden kann, so dauert doch der Belagerungszaun hier selbst fort. Es hat sogar den Anschein, als wolle er sich in eine normale Verfassung verwandeln. Zu den Barricaden werden Befestigungen, oder doch Schanzwerke, um Kanonen aufzustellen, selbst am Tiber hinzugefügt.

Auch in Civita-Bechia wird mit dem größten Eifer an den Befestigungen gearbeitet, zu welchen Hunderte von Landleuten verwendet werden. Civita-Bechia wird von den Franzosen auch in den Außenwerken vollständig armirt, damit die Festung selbst bei einer kleinen Besatzung gegen jeden Handstreich geschützt sei und sich eine Zeit lang halten könne, bis Hilfe aus Toulon kommen kann. — Die gefangenen Garibaldianer sind jetzt bis auf eine geringe Anzahl derjenigen, welche am 22. Oktober an der Porta del Popolo gesangen wurden, sämtlich freigegeben worden.

Vom Landtage.

20. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 19. Dezember. Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministerisch v. Selchow und mehrere Kommissarien.

Die Prüfung der Wahlern im 3. Gumbinner Wahlbezirk (v. Lynder und Dodillet) wird fortgesetzt.

Referent Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt, daß die Urwählerlisten nicht in den einzelnen Wahlbezirken, sondern nur auf dem Landratsamt ausgelegen haben.

Abg. Dunder für Beanstandung der Wahl und Untersuchung der vorgenommenen Unregelmäßigkeiten. Die Eintheilung der Wahlbezirke verstoße gegen das Wahlreglement, die Beeinflussungen, speziell auf die Lehrer, wären großartig gewesen. — Auch bei der Reichstagswahl wären bei der Wahl des Abg. Dodillet ganz ähnliche Sachen vorgekommen; leider wäre vor dem Eingang des Protestes die Wahl schon gültig erklärt; trotzdem waren aber die Behörden darüber, daß nachträglich eine Untersuchung angeordnet wurde. Mit der Führung der Untersuchung aber wurde beauftragt der Landrat Dodillet selbst; (Hört! Hört!) die Folge war, daß Herr Dodillet einen Gutsbesitzer und Ortsvorsteher, der den Protest mitunterzeichnete, in Strafe nahm, angeblich, weil er in seiner Wohnung eine politische Versammlung abgehalten habe. (Hört! Hört!) Herr Dodillet ist jetzt auch als Schüler der Wahlfreiheit aufgetreten, indem er einen Ortschulzen vom Amte entfernt, weil derselbe für den Fortschrittskandidaten agitierte (Hört! Hört!). — Der Antrag der Abteilung, die Thatsachen genau zu untersuchen, ist jedenfalls gerechtfertigt; es ist nur zu bedauern, daß es uns die Verhältnisse nicht gestatten, einen schnelleren Weg dabei einzuschlagen. Wenn Herr Dodillet selbst sichere Auskunft über die Thatsachen ertheile, dann wäre das Haus vielleicht in der Lage, schneller ein fachliches Urtheil zu fällen.

Abg. Heise (gegen den Abteilungsantrag) bittet die Sache nur objektiv, nicht vom Partei-Interesse aus zu betrachten (Gelächter), und erklärt die einzelnen Beschwerdepunkte sämtlich für unrichtig oder für unverheblich. Die Zusammenlegung der Wahlbezirke sei Sache der Regierung alle Beschwerden darüber also ungerechtfertigt. Lehrer zu unterstützen, sei doch der Regierung unverwehrt, auch wenn sie Wahlmänner wären. (Gelächter.) Von liberaler Seite hätten noch viel bedeutendere Beeinflussungen stattgefunden. Landrat Dodillet habe selbst attestiert, daß ein Polizeiverwalter im liberalen Sinne agitiert habe. (Große Heiterkeit.) Die Verfügungen der Behörden an die Beamten und Lehrer wären ganz in der Ordnung gewesen, man wollte dieselben dadurch nicht in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigen, sondern nur von ungehörigen Agitationen fernhalten. Er beantragt daher 1) die Wahlen für gültig zu erklären; 2) alle in dem Protest angeführten Beschwerden zu untersuchen.

Abg. v. Sauden (Georgsfelde): Daß ein Abgeordneter überhaupt im Stande ist, ein derartiges Schreiben zu erlassen, wie es der Abg. Dodillet gethan, kann nur ein sehr schlechtes Licht auf die Art des Zustandekommens seiner Wahl werfen. Unter den Landräthen besteht ein vollständiges System, „gute“ Wahlen zu fabrizieren. Die Urwahlbezirke, statt möglichst zusammenhängend zu sein, werden in tendenziöser Weise möglichst zerrißt, wo die konservative Majorität gesichert ist, werden sie möglichst vergrößert. Steuereintragungen werden durchaus nach Parteidräxtern vorgenommen. Alles dies trifft in verstärktem Grade bei dieser Wahl zu, und ich beantrage daher die des Abgeordneten v. Dodillet für ungültig zu erklären und die des Abg. von Lynler zu beanstanden.

Abg. Heise zieht auf den Wunsch mehrerer Parteigenossen seinen Antrag zurück.

Abg. Gr. Guleburg: Die allgemeinen Beschuldigungen, die der Abg. v. Sauden hier gegen die Ehre der Verwaltung vorgebracht, thuen hier gar nichts zur Sache. Von dem Wahlkreise, um den es sich hier handelt, sind auch in den Reichstag konservative Abgeordnete mit überwiegender Majorität gesandt worden; dies giebt für die Stimmung des Wahlkreises überhaupt ein Bild. Redner geht auf die in dem Protest behaupteten Thatsachen ein und sucht deren Beweiskraft zu schwächen.

Abg. Dr. Bender für die Ungültigkeit: die Grenze des öffentlichen Anstands sei bei dieser Wahl überschritten. Wäre die Stimmung in jenem Wahlkreise wirklich eine konservative, dann hätten die Behörden nicht in so hohem Grade ihren Einfluß ausgeübt und unerhörte Mittel angewandt.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen und dem Schlüßbericht des Referenten, wird der Antrag der Abteilung auf Beanstandung der Wahlen der Abg. Dodillet und v. Lynder angenommen, ebenso der Antrag, die weitere gerichtliche Untersuchung des Thatbestandes anzurufen.

Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf, betr. die Errichtung von Darlehnskassen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, die sog. Rothstandsvorlage.

Referent Jacob (Biegnitz) berichtet unter großer Unaufmerksamkeit des halb leeren Hauses über die Vorlage, deren wichtigste Bestimmungen sind: Erhöhung der Unterstützungssumme bis auf 22,288 000 Thlr. Darlehnskassenscheine, Gewährung der Darlehen durch die Regierungshauptkassen zu Königsberg und Gumbinnen, Minimum des einzelnen Darlehns nicht unter 15 Thlr., Zurückziehung der Scheine aus dem Verkehr nach dem 31. Dezember 1870. Rechenschaftsablegung über die Ausführung dieses Gesetzes vor dem nächsten Landtage.

Außerdem liegen folgende Amendments vor: 1) von Vinck (Minden), statt des 2. Absatzes des § 1 des Kommissionenwurfs („die Darlehnskassenscheine werden von der Hauptverwaltung der Darlehnskassen in Abschnitten zu 5 Thalern ausgefertigt, von der zur Kontrolle der Ausgabe der Banknoten durch die Orde vom 16. Juli 1846 ernannten Kommission zum Zeichen, daß nicht mehr als der zulässige Betrag im Umlauf ist, mit einem Stempel versehen und dem Finanzminister überwiesen“) folgenden Passus zu setzen: „die Darlehnskassenscheine werden von der Hauptverwaltung der Staatskassen in Abschnitten zu 5 Thalern ausgefertigt und dem Finanzminister überwiesen. Vor der Ausgabe dieser Scheine ist eine genaue Beschreibung derselben öffentlich bekannt zu machen.“

2) Dr. Becker, dem § 3 (der von der Ausgabe und den Empfängern der Darlehns-Kassenscheine handelt) zuzufügen: „den Kreisverbänden ist gestattet von den empfangenen Darlehen den eingetragenen Genossenschaften (Gesetz vom 27. März 1867 verzinste Vorschüsse zu geben.“

Der Finanzminister erklärt sich mit der Vorlage, wie die Kommission sie abgeändert hat, und mit dem Amendment v. Vinck einverstanden, aber gegen das des Dr. Becker, weil es zu dem von ihm in Aussicht genommenen Zweck außergewöhnlicher Maßregeln nicht bedürfe.

Abg. Dr. Becker ändert sein Amendment dahin ab: „Den Kreisverbänden ist gestattet, gegen Bürgschaft auch Personal-Kredit zu geben.“

Abg. Dr. Löwe zieht den von der Regierung vorgeschlagenen Weg der indirekten Hilfe jedem anderen Wege vor, fürchtet aber, daß ein großer Theil derselben, namentlich die beabsichtigten Bauten, in Folge der ungünstigen Witterung nicht zur Ausführung kommen können. Für diesen Fall erwartet er weitere Vorlagen von der Regierung; man dürfe sich dann auch der direkten Hilfe nicht entziehen. Gerade bei dieser Gelegenheit offenbare sich wieder die mangelhafte Zusammensetzung der Kreisstände; wäre die Organisation derselben weiter vorgeschritten, so würde sich ohne Zweifel eine Reihe anderer Möglichkeiten zu helfen darbieten. Ebenso zeige sich wieder ellatant, daß man nicht nur für den Verkehr durch Eisenbahnen und Kanäle zu sorgen habe, sondern auch die Geldcirculation frei machen, für die Kreditverhältnisse neue Kanäle eröffnen, mit einem Worte: „Bankfreiheit“ geben müsse.

Der Finanzminister: Mit dem Herrn Vorredner ist die Regierung der Meinung gewesen, daß dem Rothstande hauptsächlich durch indirekte Hilfe entgegenzutreten sei. In dieser Richtung sind bisher auch alle Anordnungen getroffen worden. Es haben jedoch die Vertreter der Provinz Preußen in diesem wie in dem andern Hause es der Regierung als dringend notwendig erklärt, daß eine Ausnahme gemacht werden müsse zu Gunsten der kleinen Besitzer, und daß diese direkte Hilfe zu gewähren sei. Die Regierung ist nicht gern auf den Weg der direkten Hilfe übergegangen, aber unter den ihr geschilderten Umständen hat sie sich ausnahmsweise dazu entschlossen. Sie ist aber Willens, auf diesem ausnahmsweisen Wege der direkten Hilfe nicht weiter zu geben, als es dringend geboten ist, und aus diesem Grunde erklärt sie sich auch gegen das Amendment Becker. Die Regierung stimmt auch mit dem Herrn Vorredner darin überein, daß sich die Mitwirkung der Kreisstände bei dieser direkten Hilfe nicht empfiehlt; es wird im Gegenteil eine Kommission, bestehend aus dem Landrat des Kreises, einem Justizbeamten und einem für diese Angelegenheit besonders sich interessierenden Kreisangehörigen, mit dem betreffenden Ausführungsgefäße beauftragt werden. — Dem Bankverkehr legt die Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg, sobald es sich nur nicht um die Ausgabe von Banknoten handelt, was auf einem ganz anderen Gebiete steht.

Abg. v. Sauden (Darpuschen): Die Einwohner der Provinz Preußen haben diese Vorlage mit Freuden begrüßt; wir dürfen aber nicht verfehlern, daß damit nur ein Anfang gemacht ist. Außerdem kommt diese Abhilfe sehr spät, wenngleich ich der Regierung keinen Vorwurf daraus machen will. Meine Bewunderung hat es erregt, daß gerade aus der Provinz Preußen sehr viele Landräthe es vorgezogen haben, in das Abgeordnetenhaus einzutreten, statt innerhalb ihres Kreises, in welchem sie jetzt nöthiger sind, denn sie sämtliche Mittel anzuwenden, die sie zur Linderung des Rothstandes in Händen haben. Auf einen Punkt mache ich außerdem den Finanzminister noch aufmerksam. Wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß Almosen so wenig wie möglich ausgeben werden, dann wird es nötig werden, in den von der Roth heimgefügten Provinzen eine Revision der Grund- und Klassensteuer vorzunehmen. Das ist eine Form, in der dem armen Manne geholfen wird, ohne daß er das drückende Gefühl dabei hat, Almosen zu empfangen. Mr. G.! Unser Volk weiß, daß wir einen Staatsdienst von 25 Millionen haben, der für den Fall der Roth aufgesammelt ist; es weiß, daß oft Steuern über den Bedarf hinaus von ihm erobert werden; es weiß endlich, daß Dotationsen von vielen Millionen an die Heinde Preußens gegeben sind. Das preußische Volk erwartet nun auch, daß jetzt, wo der Rothstand da ist, wo wirklicher Hunger zu stillen ist, ihm die Hilfe nicht versagt werde.

Der Finanzminister: Ich habe mich darüber gefreut, daß der Vorredner damit anfing, seinen Dank zu bezeugen für das, was von der Regierung zur Linderung der Roth vorgeschlagen. Ich hätte wohl genügt, daß er dabei geblieben wäre. Seine Anführung, daß die Regierung mit ihren Maßregeln zu spät gekommen, ist unrichtig. Die Regierung hat schon am 17. Oktober Vorschüsse zur Verfügung gestellt und die Aussicht auf weitere Anordnungen erhofft. Die Regierung ist vollständig unterrichtet gewesen und ist nach Maßgabe des Bedarfs vorgegangen. Wenn der Herr Abgeordnete meint, die angewiesenen Mittel werden nicht ausreichen, so ist so eine Phrase sehr leicht auszuführen, aber für jetzt ist noch nicht nachgewiesen, daß den Bedürfnissen des Augenblicks in der That damit nicht genügt wird. Ich habe mich über die Eintrittsmöglichkeit der Kommission, in welcher von seiner Seite mehr gefordert wurde, gefreut. Sollte ein Wehrbedarf notwendig werden, so habe ich beim Einbringen des Gesetzes Namens der Staatsregierung gesagt, es sei möglich, daß die Dinge sich verschlimmern und daß die Regierung dann nicht anstehen würde, weitere Maßregeln vorzusezten. Der Herr Abgeordnete ist also wohl nicht in der Lage, anzunehmen, daß die Regierung anders verfahren wird. In dem, was sie bisher gethan hat, liegt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, es kann sie also kein Vorwurf treffen. Der Herr Vorredner hat schließlich auch das nicht der Fall gewesen wäre.

Abg. Dr. Heise (gegen den Abteilungsantrag) bittet die Sache nur objektiv, nicht vom Partei-Interesse aus zu betrachten (Gelächter), und erklärt die einzelnen Beschwerdepunkte sämtlich für unrichtig oder für unverheblich. Die Zusammenlegung der Wahlbezirke sei Sache der Regierung alle Beschwerden darüber also ungerechtfertigt. Lehrer zu unterstützen, sei doch der Regierung unverwehrt, auch wenn sie Wahlmänner wären. (Gelächter.) Von liberaler Seite hätten noch viel bedeutendere Beeinflussungen stattgefunden. Landrat Dodillet habe selbst attestiert, daß ein Polizeiverwalter im liberalen Sinne agitiert habe. (Große Heiterkeit.) Die Verfügungen der Behörden an die Beamten und Lehrer wären ganz in der Ordnung gewesen, man wollte dieselben dadurch nicht in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigen, sondern nur von ungehörigen Agitationen fernhalten. Er beantragt daher 1) die Wahlen für gültig zu erklären; 2) alle in dem Protest angeführten Beschwerden zu untersuchen.

Abg. v. Sauden (Georgsfelde): Daß ein Abgeordneter überhaupt im Stande ist, ein derartiges Schreiben zu erlassen, wie es der Abg. Dodillet gethan, kann nur ein sehr schlechtes Licht auf die Art des Zustandekommens seiner Wahl werfen. Unter den Landräthen besteht ein vollständiges System, „gute“ Wahlen zu fabrizieren. Die Urwahlbezirke, statt möglichst zusammenhängend zu sein, werden in tendenziöser Weise möglichst zerrißt, wo die konservative Majorität gesichert ist, werden sie möglichst vergrößert. Steuereintragungen werden durchaus nach Parteidräxtern vorgenommen. Alles dies trifft in verstärktem Grade bei dieser Wahl zu, und ich beantrage daher die des Abgeordneten v. Dodillet für ungültig zu erklären und die des Abg. von Lynler zu beanstanden.

Der Finanzminister hält diese beiden Amendments für überflüssig und unzweckmäßig. Was die Kommissionen betreffe, so habe sich die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen im Jahre 1848 über die ganze Monarchie und alle Klassen der Gewerbetreibenden erstreckt, heute handle es sich darum, der Bevölkerung der Provinz Preußen indirekt zu helfen, indem man hauptsächlich die Grundbesitzer berücksichtigen werde. Aus diesem Grunde seien Modifizierungen notwendig, doch werde den ausgesprochenen Wünschen möglichst entsprochen werden.

Nachdem der Abg. Dr. Bender von der Tribune und deshalb absolut unverständlich gesprochen, kontatirte v. Sauden, daß er der Regierung einen Vorwurf nicht gemacht habe, und ein Landrat der Provinz Preußen protestiert gegen den Vorwurf, trotz des Notstandes ein Mandat angenommen zu haben.

S. 1. wird mit dem Amendment des v. Vinck angenommen.

Bu §. 3. bemerkt Abg. Schulze: obwohl die Gerechtigkeit es erforderlich, daß auch die Gewerbetreibenden unterstützt würden, so wolle er eine Bepilliturung der geringen Summen um so weniger beantragen, als mit der Befreiung des Notstandes erst angefangen werde. Dagegen hoffe er, daß die Regierung ihr Augenmerk auch namentlich auf die Industrie-Lohnarbeiter richten werde, die durch den vorjährigen Krieg in eine traurige Lage versetzt seien. Um nur so bald als möglich das Gesetz zu Stande zu bringen, bitte er alle Amendments, die der Zustimmung der Regierung nicht sicher wären, abzulehnen.

Der Finanzminister erklärt, daß die Staatsregierung die Arbeiterverhältnisse nicht aus dem Auge verlieren werde. Sie verkenne nicht, daß seit den vorjährigen kriegerischen Ereignissen noch ein gewisses Missbehagen zurückgeblieben sei, welches ein Stören der industriellen Unternehmungen veranlaßt, indessen sei zu hoffen, daß dieser Druck bald verschwinden werde, wenn man sich von dem Ungrund der gehegten Befürchtungen überzeugt; eine augenblickliche Veranlassung zu einer darauf bezüglichen Vorlage könne er nicht annehmen.

Der Abg. Becker zieht sein Amendment zurück, worauf auch der §. 3 ebenso wie alle folgenden Paragraphen der Regierungsvorlage unverändert angenommen werden. Schließlich wird das ganze Gesetz in der beschlossenen Fassung einstimmig genehmigt.

Es folgt nunmehr die Vorberathung des Staats des landwirtschaftlichen Ministeriums. Einnahmen: 950,767 Thlr., darunter 621,765 Thlr. durch die Auseinandersetzungen, 326,655 aus der Gefüllverwaltung. Ausgaben: 2,200,131 Thlr., darunter für größere Landesmeliorationen und Dichtbauteien 183,844 Thlr., Prämien bei Pferderennen 51,000 Thlr. (25,000 Thlr. mehr als im vorigen Jahr), für die Gefüllverwaltung 677,975 Thlr.

Minister v. Selchow und sein Kommissar erläutern diesen Etat, der sich nur durch die Erweiterung der Monarchie und sehr unverändert gegen die Vorjahr verändert hat.

Abg. Richter (Essen): Wie der Rekrut auf die Frage: was ist ein Rekrut? antwortet: ein armer, geplagter Mensch, — so antwortet der Abgeordnete, der im Hause Neuling ist, auf die Frage: was ist ein Abgeordneter? Ein armer geplagter Mensch (Heiterkeit). Redner liebt den Ackerbau mit Passion und bedauert daher, daß 35,000 Thlr. für Ackerbauschulen ausgefest sind, statt in jedem Kreise eine solche Schule zu gründen, und nun gar 1250 Thlr. für Detonationsgebäude. Sollte der Herr Minister einmal in Verlegenheit sein, so will Redner ihn herausreissen, indem er ihn auf ein versäumtes Gefängnis in seinem Wahlkreis aufmerksam macht (Heiterkeit). Wenn das Schenke vom Hause verlangt würde, es würde mit Freuden gewährt werden. (Abgeordneter Knapp: Ne!)

Minister v. Selchow: Ich bedauere, dem Herrn Vorredner auf das von ihm betreute Gebiet der Behandlung nicht folgen zu können. (Bravo rechts.) Was das Materielle der Ausführungen betrifft, so beruht die Neuerung über eine Position von 1250 Thlr. für Detonationsgebäude auf einem Missverständnis. Die genannte Summe ist für Unterstützung bürgerlicher Musterwirtschaften ausgefest, und wenn ich ihre Geringfügigkeit auch anerkenne, so hat sich doch ein Bedürfnis nach Erhöhung derselben noch nicht fühlbar gemacht. Was die Unterstützung der Ackerbauschulen betrifft, so läßt es sich die Regierung angelegen sein, sie in jeder Weise zu fördern, und ihre Zahl von Jahr zu Jahr zu vermehren. Durch den Auftritt der neuen Provinzen sind wir gleichzeitig um eine in Preußen bisher nicht übliche Art von Schulen bereitgestellt worden, die sogenannten Mittelschulen, und es ist unsere Absicht, diese nicht nur fortzuführen zu lassen, sondern auch überall da, wo man mit Errichtung solcher vorgehen will, unsere Unterstützung zu gewähren.

Abg. Schmidt (Stettin): Die Räume des landwirtschaftlichen Ministeriums seien

Abg. Schmidt (Stettin): Die Museen in London und St. Petersburg hätten den Vortheil verschiedene Klima zu vertreten; ein solches Interesse könne ein Berliner Museum niemals erreichen.

Um 4 Uhr wird der Antrag auf Vertagung gestellt.

Abg. Graf Renard widerspricht dem Antrag mit Rücksicht darauf, daß der landwirtschaftliche Minister schon die fünfte Sitzung hier im Hause anwesend ist.

Abg. Heisse spricht für Vertagung, da die Mitglieder durch die sechsstündige Debatte schon ermüdet wären.

Es ist gleichzeitig der Antrag auf Schluß eingegangen. Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Die Position Tit. 13 wird genehmigt; der Antrag Metzger angenommen; der Antrag Brandenberg desgleichen.

Am Schluß die täglich wiederkehrende Debatte über Vertagung, sie wird beschlossen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr: T. D. Fortsetzung der Budgetberatung (landwirtschaftliches Ministerium); Verträge mit Oldenburg, Birchow's Antrag, Wahlprüfungen.

Parlamentarische Nachrichten.

4 Berlin, 19. Dezember. In den gestern bei dem Präsidium von Gordonbeck abgehaltenen Besprechungen der Vertrauensmänner der einzelnen Fraktionen kam man zu den Beschlüssen, jedenfalls die Vertagung am 21. d. M. einzutreten und bis zum 7. Januar f. J. währen zu lassen. Inzwischen wurde die Eventualität in das Auge gefaßt, daß die Regierung doch noch eine Vorlage auf Bewilligung eines Kredits zur Fortführung der Verwaltung in den ersten Monaten des nächsten Jahres einbringen könnte, für welchen Fall dann freilich noch am Montag fortgearbeitet werden müßte. Es kann nun hinzugefügt werden, daß heute im Ministerium des Abgeordnetenhauses eine Ministerkonferenz stattfand, welche, wie man in Abgeordnetentreffen wissen wollte, sich mit der Frage beschäftigte, wie den konstitutionellen Forderungen hinsichtlich des Budgets zu genügen sei. Man erwartet im Hause, daß die Regierung entweder mit einem Kreditgesetz vorgehe, oder was wahrscheinlicher ist, zu geeigneter Zeit und in entsprechender Form die Indemnität für die auf eigene Verantwortung geführte Verwaltung beantragen wird. Der letztere Weg würde dann die Vertagung am Sonnabend ohne Vähe erreichen lassen.

V Wohl die wichtigste Verhandlung, welche in dieser Session in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses geführt wurde, fand gestern Abend in der Budgetkommission über das Gesetz, betr. die Gründung eines Provinzialfonds für Hannover statt. Die Regierung war vertreten durch den Ministerpräsidenten Graf Bismarck, den Finanzminister v. d. Heydt, die Regierungs-Kommissare MacLean, Wolny, Küster und Persius — Als Referent erhielt das Wort Abg. Kannegießer, der sich für die Regierungsvorlage ausspricht ohne damit seinem Endurtheil über die Höhe des zu bewilligenden Provinzialfonds präjudizieren zu wollen. Derselbe hält die Bewilligung des Fonds 1) für eine moralische Verpflichtung des Abgeordnetenhauses, 2) für ein politisches Gebot, 3) für den Beginn einer Belebung der Selbstverwaltung im Gebiete der Provinzen, und scharft von der Ablehnung ernste Nachtheile für die so wünschenswerthe Verhübung Hannovers. In ersterer Beziehung verweist der Redner auf die Verhandlungen gelegentlich des Einverleibungsgegeses, in denen das Abgeordnetenhaus sich dahin ausgesprochen hat, daß den neuen Landestheilen Selbstständigkeit, Selbstverwaltung gewährt werden solle, soweit die Staatseinheit es irgend ertrage. Die gegenwärtige Vorlage sei das Supplement zu diesem Einverleibungsgegeze. Nachdem die Volksvertretung Hannovers, welche die Einverleibung anerkannt, diese Selbstständigkeit und Selbstverwaltung in Anspruch genommen habe und mittels eines Provinzialfonds sicher gestellt wissen wolle, gelte es, jenen Verheißenungen treu zu bleiben und nicht in dem ersten Landtag, in dem die Vertreter der neuen Landestheile mit den Altpreußen vereinigt waren, ihren ersten Antrag durch die überwiegende Mehrheit der lehren abzustimmen. Der Antrag bezweckt die Decentralisation und verlangt nichts unbilliges, da die Ausgaben für welche der Provinzialfonds verlangt würde, zur Zeit des Königreichs Hannover aus Staatsmitteln, eben aus dem mit dem preußischen Staatsvermögen jetzt vereinigten Domänenfonds bestanden wären. Die vorgezogenen Berücksichtigungen neu erworbener, bisher souveräner Länder sei überdies ein politisches Gebot und mit der Gerechtigkeit gegen die alten Landestheile wohl vereinbar. Dieselbe werde durch die Geschichte bestätigt und sei traditionelle Politik des preußischen Königshauses. Z. B. diene das Verfahren Friedrich des Großen gegen Ostfriesland.

In solchen neuen Landestheilen würde durch die Einverleibung das lebende Geschlecht in einer Reihe wichtiger, materieller und ideeller Interessen verlegt, die alten Provinzen werden dadurch nicht blos politischer Vorzüge, sondern auch wirtschaftlicher Vortheile theilhaftig, die sich freilich nicht in Ziffern darstellen ließen und vielleicht auch erst künftig vollständig hervortreten würden. Angeichts der jetzigen Erweiterung des Staates dürfe man nicht auf einer rechnungsmäßigen Gleichheit der alten und neuen Provinzen bestehen. Die Ausgleichung liege aber auf anderen Gebieten. Von hoher Wichtigkeit endlich sei, daß der Entwurf den Anfang zu einer wahren Selbstverwaltung der Provinzen biete. Eine Selbstständigkeit, wie sie die Vorlage der Provinz Hannover biete, müßte ihre Rückwirkung auf die andern Provinzen äußern und dies wieder würde von den wohlthätigsten Folgen für die Neugestaltung Deutschlands sein. Nedner, der noch daran erinnert, daß die Regierung mit dem Antrag der Selbstverwaltung nicht immer gleich freigiebt sei, widerlegt schließlich den Einwand, daß provinziale Selbstverwaltung den Partikularismus befördere unter Hinweis auf Preußens einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung in den wichtigsten Departements, auf die Erfahrungen anderer Länder z. B. Belgien und auf die beschränkte Kompetenz der Provinzialvertretung und die Mitwirkung der Regierung. Die Provinzialvertretung Hannovers sei mangelhaft aber ungleich besser als die der alten Provinzen und das gemeinsame Werk der Regierung und der hannoverschen Vertrauensmänner.

Das entscheidende Moment der Sitzung bildete die eingehende Rede des Ministerpräsidenten Gr. Bismarck. Der selbe begründete die Anforderung für den hannoverschen Provinzialfond mit den dortigen besonderen Verhältnissen, ging aber sofort auf einen höheren staatsmännischen Standpunkt über. Erreläufigt die Geschichte der preußischen Erwerbungen, und zeigte, wie die preußische Monarchie stets den neuen Territorien eine besondere Sorgfalt zugesetzt, ohne daß dies den älteren Provinzen zum Nachteil gereicht hätte; man habe zwar in den alten Provinzen öfter gefragt: „die Regierung schneidet aus unserer Haut die Nieren, womit sie die neuen Provinzen an sich bindet“, allein die alten Provinzen haben doch ihre Haut noch und sind kräftig gediessen unter dieser Politik. Es hande sich durchaus nicht allein um Hannover, auch nicht blos um Schleswig-Holstein und Nassau, welche nachfolgen würden, sondern um die ganze Monarchie; es hande sich um das Prinzip der Selbstverwaltung der Provinzen, der Eman-

cipation derselben von der centralen Bureaucratie; denn in der Provinzialverwaltung gebe es tausend Dinge, die jeder einfache Bauer in der Provinz besser verstehe, als der gelehrtete Geheimrath in Berlin; deshalb seien die Provinzen in denjenigen Dingen, welche nicht im Interesse der Gesamtheit centralisiert werden müßten, auf ihre eigenen Beine zu stellen, und den Anfang dazu bilde der gegenwärtige Gesetzentwurf. Über den Eindruck dieser Rede heilt man uns mit:

„Es ist schwer diese Rede des Grafen B. welche, rasch gesprochen, eine halbe Stunde dauerte, nur einigermaßen vollständig wieder zu geben. Sie war das glänzendste Programm der Selbstverwaltung und schien die Konservativen, welche vorher den Ausführungen der Abg. Kannegießer und Franke für die Provinzialfonds öfter lanten Widerspruch entgegengesetzt hatten, mit dem Entwurf und dessen Prinzip zu versöhnen.“

Dem Grafen Bismarck folgte Abg. Dr. Braun (Wiesbaden). Derselbe gab einen interessanten historischen Rückblick auf die Domänenverhältnisse der neuen Provinzen. Auf den Einkünften des Domänenfonds habe die Verpflichtung gelastet, nicht nur die Kosten der Hofhaltung, sondern auch die der Landesverteidigung und der Administration zu bestreiten, mit inbegriffen die der Landesmeliorationen, welche nach preußischer Gesetzgebung den Provinzial-, Kreis- und Kommunal-Verbänden zur Last fallen. Die annekirten Länder seien eigentlich keine Staaten gewesen, oder wenigstens seien in ihnen die Grenzen zwischen Gemeinde, Kreis, Provinz einerseits, und dem Staat andererseits auch auf finanziellem Gebiete ganz verwischt, und es handle sich nun um die Grenzregulierung, die in den alten Provinzen schon stattgefunden habe. Die bisher vereinigte Provinzial- und Staatskasse sei in zwei Kassen zu trennen. Nachdem man die vormaligen Landesherren so glänzend dotirt, solle man doch die Landeshaften nicht leer ausgehen lassen, deren Vermögen dem Domänenfond einverleibt sei, während man die Schulden auf die Kommunalverbände abgewälzt habe.

An der Debatte beteiligten sich noch die Abg. Stavenhagen, Tweten, Hoffmann, Wachler, Franke und v. Boden-Dolfs meist zur Vertheidigung ihrer Amendements, denen heute noch eine Reihe anderer Vermittelungsvorschläge in Folge der Bismarckschen Rede folgen sollen; diese letzteren jedoch dürften nach Annahme vieler Kommissionmitglieder eben so geringe Aussicht auf Erfolg haben, als die bereits erschienenen.

Die Kommission für die Eisenbahnen v. d. B. genehmigte in ihrer gestrigen Abendung sämtliche Bauprojekte bis auf die beiden großen Linien in Altpreußen, die heute Abend geprüft werden sollen. Wir erwähnen nur, daß aus Anlaß der Göttingen-Arnshauer Bahn der Korreferent v. Unruh den Antrag stellte, mit Rücksicht auf die großen Steigungen, die besser vermieden würden, von Wittenhausen nach Münzen statt auf Kassel zu bauen, ihn jedoch zurückzog, als daran erinnert wurde, daß der Weiterbau der Bahn ohne neue Verhandlungen mit der Magdeburg-Leipziger nicht zu Stande kommen könne. Dieselbe sei nämlich nicht verpflichtet, den auf das hessische Gebiet fallenden Theil der Bahn anders zu bauen, als wenn sie ihre Aktien zu Paris begeben könnte. Da nun 4prozentige Aktien jetzt ca. 80 stehen, so würde die Gesellschaft entweder Erfolg des Ausfalls am Kurse oder die Ausdehnung der Garantie auf ein größeres Anlagekapital verlangen dürfen, wozu eine neue Vorlage an den Landtag gelangen müsse. — Für die Bebra-Hanauer Bahn hatten die vormaligen Standorte bereits eine Anleihe von 10 Millionen bewilligt und das Geld ist auch da; doch ist eine Million für einen andern Zweck, nämlich zur Legung eines zweiten Gleises auf der Deutz-Gießener Bahn verwendet worden, die ersegt werden muß. Außerdem verlangt der Betrieb, der Bau der Bahnhofsgebäude ic. neue Mittel.

— Abg. Hensen hat bei der Billigung der Abg. Kryger und Ahlmann zum Ende mit Vorbehalt der Majorität, nicht gegen dieselbe gestimmt, was nachträglich berichtet wird.

Local.

Posen, 20. Dezember. Der Aufsichtsrath der Posener Real-Kredit-Bank besteht jetzt aus folgenden Mitgliedern: Rittergutsbes. Kennemann, Präsident, Kaufmann Annus, Rechtsanwalt Bertheim, Rittergutsbes. v. Bethmann-Hollweg, Rittergutsbes. v. Delhaes Borowko, Domänenpächter Funk, Kaufm. Bernhard Jaffé, Kaufm. Samuel Jaffé, Dr. Jochnus, Rittergutsbes. Direktor Lehmann-Nitsche, Banquier M. Mamroth, Rechtsanwalt Mehrling, Rittergutsbes. v. Morawski, Rittergutsbes. Baron v. Seiditz und Reg.-R. Schück. Stadtrath Annus lehnte gestern seine Wahl zwar ab, nahm aber auf Vorstellen der übrigen Mitglieder schließlich wieder an.

Durch einen im Königreich Polen wohnhaften Leser und Freund der Posener Bzg. erfahren wir, daß dieselbe in letzter Zeit zwölft Mal von der Censur konfisziert wurde.

Bei der auch in unserer Provinz herrschenden Theuerung aller Lebensmittel wird auf Antrieb der Regierung, um der unbestimmt Klassen Arbeit zu verschaffen, mit dem Ausbau der bereits beschlossenen Chausseen in unserer Provinz unverweilt, soweit es thunlich, vorgegangen werden, namentlich in den Kreisen Samter, Osnabrück und Kroppochin.

— [Aufserordentliche Versammlung der Stadtverordneten-Schluß] Etats-Vorberathung. Nach eingehender Berathung werden von der Versammlung festgesetzt:

1) Der Etat für die Pfandleihkasse in Einnahme und Ausgabe mit 3907 Thlr. 14 Sgr. Eine Gehaltserhöhung des Verwalters um 50 Thlr. wird bewilligt.

2) Der Etat für die Sparkasse in Einnahme und Ausgabe mit 16,632 Thlr.

3) Der Etat für den Theaterfonds in Einnahme und Ausgabe mit 1054 Thlr. 24 Sgr.

4) Der Etat für den Hundesteuerfonds in Einnahme und Ausgabe mit 1350 Thlr.

5) Der Etat für die Verwaltung des städtischen Marstalls in Einnahme und Ausgabe mit 5726 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. Der Buschus, welcher die Kämmererkasse für diesen Etat zu leisten hat, beläuft sich auf 4128 Thlr. 15 Sgr.

6) Der Etat für die städtischen Elementarschulen in Einnahme und Ausgabe mit 21,639 Thlr., wozu die Kämmererkasse einen Buschus von 20,326 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. giebt. Gehaltszulagen, welche Magistrat in Berücksichtigung der Petition der städtischen Elementarlehrer mit 20, 30, 40 und 50 Thlr. für die einzelnen Lehrer beantragt hat, werden auf Antrag der Kommission von der Versammlung dahin ermäßigt, daß von 18 der ältesten Lehrer jeder mit 20 Thlr., 8 der jüngsten Lehrer jeder mit 20 Thlr. in seinem Gehalb aufgebessert wird, während die drei jüngsten Lehrer auf 280 Thlr. stehen bleiben. Durch diese Ermäßigung wird der Entwurf des Ausgabebetrags um 110 Thlr. herabgesetzt. Einen neuen Einnahme-Titel bilden 1000 Thlr. Schulgeld, das nunmehr erhoben werden soll.

7) Der Etat für die Mittelschule in Einnahme und Ausgabe mit 7049 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf.; Buschus aus der Kämmererkasse 3759 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. Die Berufsmannung beschließt die Gehaltserhöhungen des Dirigenten der Schulanstalt und der 3 ersten Lehrer um je 50 Thlr., die Gehaltserhöhungen der 5 folgenden Lehrer um je 30 Thlr.

8) Der Etat für die Mädchenschule in Einnahme und Ausgabe mit 2534 Thlr. 25 Sgr.; Buschus aus der Kämmererkasse 1137 Thlr. 25 Sgr. Die vom Magistrat im Entwurf angesezten 30 Thlr. Gehaltserhöhung für

den ersten Lehrer und je 40 Thlr. für die drei andern Lehrer an dieser Schule werden von der Versammlung nicht genehmigt, dagegen die von der Kommission beantragten Gehaltserhöhungen des ersten und zweiten Lehrers um je 20 Thlr., des dritten und vierten Lehrers um je 20 Thlr. angenommen.

9) Der Etat für die Real-Schule in Einnahme und Ausgabe mit 18,967 Thlr. 27 Sgr. 2 Pf.; Buschus aus der Kämmererkasse 8457 Thlr. 9 Sgr. 2 Pf. Magistrat hat Gehaltserhöhung der Gehälter der Oberlehrer um je 100 Thlr., der ordentlichen Lehrer um je 50 Thlr. beantragt. Im Besonders wird dieser Antrag von der Versammlung genehmigt und das Gehalt des ersten Oberlehrers von 1000 Thlr. auf 1100 Thlr. erhöht, das des zweiten gleichfalls von 1000 Thlr. auf 1100 Thlr., das des dritten von 900 Thlr. auf 1000 Thlr., das vierter von 850 Thlr. auf 900 Thlr., das des sechsten von 750 Thlr. gleichfalls auf 800 Thlr., die Gehälter des ersten, zweiten und dritten ordentlichen Lehrers von je 700 Thlr. auf 750 Thlr., das Gehalt des vierten ordentlichen Lehrers von 650 Thlr. auf 700 Thlr., die Gehälter des fünften, sechsten, siebten, acht und neunten ordentlichen Lehrers von je 600 Thlr. auf 650 Thlr., das Gehalt des naturwissenschaftlichen ordentlichen Lehrers von 600 Thlr. auf 700 Thlr., das des israelitischen Religionslehrers von 200 Thlr. auf 250 Thlr. und endlich das Gehalt des Gefangenelehrers von 350 auf 400 Thlr. In den andern Titeln ist der Etat wenig verändert worden.

10) Der Etat für die neue gehobene Bürgerschule in Einnahme und Ausgabe mit 1353 Thlr. Die Versammlung beschließt, diesen Etat bis zum vollendeten Ausbau des Schulgebäudes, Beauftragung der Lehrkräfte u. s. w. abzusehen und die Summe in den Tit. 19 des Extraordinariums im Kämmererkasse 1392 Thlr. Die freiwilligen Beiträge, die 130 Thlr. für die Anstalt ergaben, sollen nach dem Beschluss der Versammlung nicht mehr erhoben werden.

11) Der Etat für die Verwaltung des Waisenknabenfonds in Einnahme und Ausgabe mit 1954 Thlr. 10 Sgr.; Buschus aus der Kämmererkasse 1392 Thlr. Die freiwilligen Beiträge, die 130 Thlr. für die Anstalt ergaben, sollen nach dem Beschluss der Versammlung nicht mehr erhoben werden.

12) Der Etat für den Rumford'schen Suppenfonds in Einnahme und Ausgabe mit 673 Thlr. Binsen von einem Kapital von 13,620 Thlr., die allmählig auf 20,000 Thlr. erhöht werden sollen. Zur Suppenbereitung sind 350 Thlr. ausgesetzt.

13) Der Etat für die Verwaltung des städtischen Armenfonds mit 46,532 Thlr.; Buschus aus der Kämmererkasse 35,432 Thlr. Eine Gehaltserhöhung des Lazarethinspektors um 50 Thlr. und eine Gratifikation für denselben von 50 Thlr. werden genehmigt.

Nach Abwickelung dieser Etats wird die Sitzung, die bereits von 3½ Uhr Nachmittags bis 1/2 Uhr Abends gedauert, vertagt, um am 19. d. um 4½ Uhr Nachmittags fortgesetzt und beendet zu werden mit

14) dem Etat für die Kämmererkasse, über den der Stadtvorstand Breslauer Bericht erstattet. Ein Nachweis des Magistrats über die in diesem Jahre notwendig gewordenen Neubaus und Ausfälle der Kämmererkasse erreichten die Höhe von 23,000 Thlr.; die Deckung dieses Defizits ist aus verschiedenen Fonds bestritten worden. Über die Steuer- und Steuerverhältnisse der Stadt bemerkte der Referent, daß von circa 9000 Familien in Posen etwa 4321 überhaupt steuerpflichtig sind, und zwar so, daß 3861 Familien Steuer zahlen von 100 Thlr. bis zu 1000 Thlr. Einnommen, 339 von 1001 Thlr. bis zu 2400 Thlr., 92 von 2401 Thlr. bis zu 4800 Thlr., 26 von 4801 Thlr. bis zu 9600 Thlr., 1 von 16,001 Thlr., 2 von 20,000 Thlr. Einnommen. Vergleicht man das Steuerverhältnis mit andern größeren Städten, so ergiebt sich, daß in Posen 1 Thlr. 10 Sgr. Steuer pro Kopf mehr erhoben werden muß. Das städtische Lagerbuch weist ein Mobilienvermögen der Kommune von 690,000 Thlr. nach. Das Soll der Einnahmensteuer wird auf 69,000 Thlr. angenommen, wovon jedoch 15% durch Reklamationen der Besteuerten abgerechnet werden müssen, so daß nur 58,700 Thlr. in den Etat aufgenommen werden können, die in 4 Raten eingezogen werden sollen. Die 50% Kommunal-Buschus zur Mahl- und Schlachtfeste werden auf 44,207 Thlr., das Dritttheil des Röberrates aus der Mahlsteuer auf 16,282 Thlr., der Differenz, Anteil aus der Berechnung der Mahl- und Schlachtfeste nach dem neuen Gewichte auf 1,422 Thlr. bestimmt. In den Titel des Extraordinariums werden 9930 Thlr. gestellt. Der ganze Etat der Kämmererkasse wird auf 146,955 Thlr. festgesetzt.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 1/2 Uhr Abends. Mehrere persönliche Angelegenheiten werden geheim beraten.

In den hiesigen Gabelsberger Stenographen-Verein, der übrigens jetzt nicht mehr als einziger in der Provinz dasteht, da ein solcher sich auch in Weißeritz gebildet hat, wurden in der vorigesten, Mittwoch, abgehaltenen Monatsversammlung 21 neue Mitglieder aufgenommen. Es waren das sämtlich Thilnehmer des letzten Unterrichtskurses, der Ende September d. J. mit 44 Theilnehmern begonnen hatte und nunmehr nach 25 Unterrichtsstunden bereits beendet ist. Aus dem in dieser Sitzung demnächst von dem Schriftführer des Vereins erstatteten Bierzeitbericht entnehmen wir folgendes: Der Verein hielt seit Anfang Oktober eine Generalversammlung, über die wir seiner Zeit berichtet haben, zwei Monats- und zwei außerordentliche Sitzungen ab und verjammelte außerdem alljährlich sich einmal zu schriftlichen Schreib- und Leseübungen. Es sind überhaupt in den Verein im Laufe des Bierzeitjahrs 22 ordentliche und 1 Ehren-Mitglied, letzteres in der Person des Herrn Senator Dr. Eggers in Berlin, aufgenommen worden. Ein Mitglied dagegen saßt aus dem Verein aus, weil es Posen verließ; ein zweites mußte von dem Verein als ausgeschlossen betrachtet werden, da es seinen dem Verein gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht nadgekommen ist. — Hervorzuheben ist hier besonders, daß der Verein vor Kurzem eine über 50 Bande zählende stenographische Bibliothek, früher Eigentum eines in Mecklenburg eingegangenen Soltischen Vereins, acquirirt hat. An Zeitschriften Gabelsberger'schen Systems hält der Verein jetzt 7 mit. Mit anderen stenographischen Vereinen unserer Schule, über

(Eingeladen.)

A. Schoppe's Heinrich und Marie, herausgegeben vom **Direktor Merget**, von Bräul. Thalheim illustriert, ist die empfehlenswerthe der Neuigkeiten dieses Jahres; für Kinder mittleren Alters besonders geeignet, hat der Verleger, Herr **Henry Savage**, auch durch Eleganz der Ausstattung dieselbe zum Lieblingsgeschenk dieser Saison gemacht. E. B.
Vorrätig in der **J. J. Heine'schen Buchhandlung**, Markt 85.

Telegramm.

Florenz, 20. Dezbr. In der Deputirtenkammer septe Mattazzi seine gestrige Rede fort und erklärte, er habe Garibaldi aus politischer Rothwendigkeit verhaftet lassen, obwohl er wünschte, daß dies gegen das Gesetz, er habe die Unterstüzungskomites nicht aufgelöst, weil Frankreich nicht berechtigt sei, dies zu fordern, er habe nach Rom gehen wollen, um die Unabhängigkeit des Papstes zu schützen. Die Rede macht im Lande großen Eindruck. Ausgaben in verschiedenen Sprachen werden veranstaltet.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Wongrowiec.

Das dem Stephan v. Radonski gehörige adlige Gut **Gorzevo**, abgeschäfft auf 50,766 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf. laut der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Bureau III. A. eingehenden Tage, soll

am 6. April 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgeboten, bei Vermeidung der Präklusion sich spätere in diesem Termine zu melden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Wongrowiec, den 1. September 1867.

Sprzedaż konieczna.

Sąd powiatowy w Wągrowcu.

Do **Stefana Radonskiego** należące dobra szlacheckie **Gorzevo**, oszacowane na 50,766 tal. 14 sgr. 3 fen. po- dług taksy, mogącą być przejrzanej wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w biurze naszem III. A. ma być

dnia 6. Kwietnia 1868.

przed południem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedany.

Wszyscy niewiadomi pretendenci realni wzywają się, aby sie pod uniknieniem prekluzji najpóźniej w terminie oznaczonym zgłosić.

Wierzytiele, którzy względem jakiego z ksiąg hipotecznej nie pokazując się pretensię realną ze sumy kupna zaspokojenia szukają, niech się z pretensiami swemi do nas zgłoszą.

Wągrowiec, dnia 1. Września 1867.

Sprzedaż konieczna.Król. Sąd powiatowy, 1. wydział. w **Szamotułach**.

Nieruchomość należąca do **Teofili** domu **Hoedt** i męża jej **Romanu Sramkiewicza**, stolarza majstra, w **Szamotułach** pod Nr. 41. położona, oszacowana na 8227 tal. 20 sgr. 1/2 fen. wedle taksy, mogącą być przejrzanej wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w rejestraturze, ma być

dnia 12. Maja 1868.

przed południem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedana.

Wierzytiele, którzy względem realny pretensię, która się z księgi hipotecznej nie wykazuje i z ceny kupna swego zaspokojenia poszukają, mają się z swimi pretensiami przed sądem subhastacyjnym zgłosić.

Szamotuły, dnia 7. Października 1867.

Proclama.

Sum Verkaufe in freiwilliger Subhastation des zum Nachlass der August und Marie Clara geb. Vogel-Hoffmannischen Cheleute gehörigen, hier selbst in der Vorstadt Schrotta sub Nr. 68., Strafen-Nr. Schrotta-Markt Nr. 16. belegene Grundstück, abgeschäfft auf 8227 Thlr. 20 Sgr. 1/2 Pf. zu folge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuhenden Tage, soll

am 12. Mai 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Anträgen beim Subhastations-Gericht zu melden.

Samter, den 7. Oktober 1867.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der zu Koppenhof am 1. Januar 1839 geborene **Friedrich Wilhelm Zühlke**, unehelicher Sohn der zu Driesen verstorbenen verehrt gewesenen Arbeitsmann **Krüger**, Eva Rosine geborene Zühlke, welcher ungefähr in seinem 15. Lebensjahre den Ort Lura bei Kreuz und Umgegend, wo er zuletzt als Schreit diente, verlassen haben und nach Polen gegangen sein soll, um als Arbeiter bei Eisenbahnbauarbeiten Beschäftigung zu nehmen, und seit dieser Zeit nichts hat von sich hören lassen, so wie dessen unbekannte Erben und Erbnehmer werden hiermit zu dem auf

den 8. Juli 1868

Vormittags 11 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Terminen unter der Aufforderung vorgeladen, sich vor oder in dem Termine bei dem unterzeichneten Gericht zu melden und weitere Anweisung zu erwarten, widrigfalls der abmende Schreit oder Tagearbeiter **Friedrich Wilhelm Zühlke** für tot erklärt und sein nachgelassenes Vermögen vorzüglichster Weise zu verkaufen.

Driesen, den 9. September 1867.

Königl. Kreisgerichts-Deputation.

Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1868 ab werden von den Stationen Posen, Moszyn, Czempin, Kosten, Alt-Bojen Tagesbillets auch nach Breslau, und von Breslau nach diesen Stationen, außerdem von Kosten nach Polnisch-Lissa, Alt-Bojen und Czempin ausgegeben.

Breslau, den 16. Dezember 1867.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.**Mühlen-Verkauf.**

Eine vorzüglich eingerichtete Wasser- und Dampfmaschinen, unmittelbar an der Eisenbahn, zwischen zwei Hauptstädten belegen, mit ausgezeichnetem, nach den neuesten Erfahrungen eingerichteten Werk, guten neuen Gebäuden etc. soll eingetretener Umstände halber sofort verkauft werden.

Es gehören außer den Wirtschaftsgebäuden, Kohlen- und Torfschuppen, noch 1 Bäckerei und Krug-Wirtschaft, die 175 Thlr. Miete bringt, und 2 Familienhäuser, die 125 Thlr. Miete bringen, so wie 5 Morgen Gärten und 11 Morgen vorzüglicher Dorfwiesen dazu.

Preis 34,000 Thlr. mit geringer Anzahlung.

Hypothen fest.

Näheres auf französische Anfragen zu erfahren bei **Ph. Salomon** in Angermünde.

Angelokommene Fremde

vom 20. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Loeber, Eichmann aus Görlitz, Müller nebst Frau aus Biedrowice, Heiderodt nebst Frau aus Planow, Heiderodt nebst Frau aus Babikowo und Boge aus Adlig Ostrów, die Gutsbesitzer Harmel aus Chwałczyn, Jäsch aus Jezykow, Baron v. Bedwiz aus Lawice, Profe aus Kirle und Gaffle aus Groitzsch, Administrator Brambor aus Dabrowo, die Landdwirte Hanke aus Chwałcowo und Bismann jun. aus Trzemeszno, Frau Spieler aus Szczepanow, Propst Wojciechowski aus Goscicin.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Slubicki nebst Sohn aus Powidz, Szulciewski aus Cichowa, Moldenhawer nebst Frau aus Polkawitz und Frau Szellier aus Piola, Frau Sachocka aus Czerleino, Kämmerer Ladzynski und die prakt. Aerzte Dr. Powidzki und Dr. Swieciel aus Schrimm, Oberamtmann Rittermann nebst Frau aus Wiry, Oberförster Stahr nebst Frau aus Gostelle, Rittergutsbesitzer v. Sawicki aus Rybno.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Biniński nebst Familie aus Czernachow, Baron v. Knorr nebst Tochter aus Gotow, v. Braunsdorff nebst Frau aus Plätzl, v. Jasinski nebst Frau aus Bitakowice, Opiz nebst Tochter aus Lowencin, v. Karczewski nebst Frau aus Wyżajtow, v. Prondzynski aus Baszkow, Nowell nebst Frau aus Wierszyc, Kinder nebst Frau aus Kochowo und Krüger aus Witow, Rentier v. Lewandowski aus Samter, die Hauptheile Gräff aus Gnevez und Priebsch aus Rogasen, Domänenpächter Steindorff nebst Frau aus Grzymislaw, Kaufmann Laskow aus Breslau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Lindemann aus Berlin und

Grüneberg aus Oberzycko, die Gutsbesitzer Hoffmann aus Biniń und Fernstädt aus Thalgrün, Frau v. Koscielska aus Mieszcisko, Major Reimann aus Bürstenwalde.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Glasz aus Kosien, Sternberg aus Gnesen, Fröhlich aus Sagan und Gentes nebst Tochter aus Wolfstein, Inspector Maciejewski aus Wegierki.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Sobierajski und v. Jaraczewski aus Kopanino, v. Szczaniecki aus Charbowo, v. Barzowski nebst Frau aus Babno, v. Radomski aus Minino, Nehring aus Sotolnik und v. Czapski aus Kudary, Geistlicher Michałowski aus Bielawa, einjähr. Freiwilliger v. Nielecki aus Berlin, Berwalt Urbanski aus Polen, Brenner-Inspector Matausch aus Siedzin, Gechtschaffor Peltesohn aus Lissa, Parfümler Woszke aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Koppen und Siebel aus Stettin, Oberförster Lemke aus Waize, Domänenpächter Bandelt nebst Frau aus Dutzin, Rittergutsbesitzer Iffland aus Karnisewo, der Gutsbesitzer Boltmann aus Klein-Gutow, Faustmann aus Landsberg a. B.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Broel-Plater aus Rusland, v. Chlapowski aus Rothdorf, die Gutsbesitzer v. Staśinski nebst Frau aus Konarzewo, v. Słomoszowski aus Ustajewo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Bartkiewski aus Sinowies, Drzesski aus Borzejewo, Hubert nebst Frau aus Kopaszycy, Arębski aus Grzymislawia, v. Walsleben aus Dombrowka, Mittelstädt aus Naprzewo, Agnon Węsierski aus Borzejewo, Dr. Tarnatowski aus Kozmin, Bürger Butowski aus Schrotta, Gutsbesitzer Stanowski aus Kijewo, Gentier Cholomski aus Thorn, Propst Sulkowski aus Gierz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.**Wein-, Cigarren- u. Auktion.**

Montag den 23. Dez. c. werde ich von früh 9 Uhr ab im Auktionslokale, Magazinstraße 1, für anständige Rechnung quite abgelagerte Cigarren, echt franzö. Rothwein, Champagner, Rheinweine, ferner Damen- Konfektionsartikel rc., um 12 Uhr 5 Tonnen Heringe öffentlich meistbietend gegen gleich hohe Zahlung verfeilern. **Ryholwski**, königl. Auktions-Kommissarius.

Holz-Verkauf.

Im Hiebier **Zamyslowo** bei Szczecin wird statt an jedem Dienstag und Freitag der Verkauf von verschiedenen Bauholzern, Latten und Hopfenstangen.

Die Forst-Verwaltung zu Bendlew-

Sprzedaż drzewa.

W boru **Zamysłowskim** pod Szczecinem sprzedaje się co tydzień, to jest w Wtorek i Piątek drzewo budulcowe, dragi i tyczki chmielowe.

Zarząd leśny dobr Będlew-

skich.

Schwarze Lyonie Taffetas, wollene und halbwollene Kleiderstoffe, Paletots und Pelzbezüge, empfiehlt zu bedeutend herabgesetzten Preisen. **R. Żupański**.

Weihnachts-Ausstellung**Industrie-Vereins****im Saale des gräflich Działyński'schen Palais.**

Geöffnet:

Vom 7. bis 27. Dezember 1867, von 9 Uhr früh bis 9 Uhr Abends.

Einmaliger Eintrittspreis 2½ Sgr.

Billets für die Dauer der Ausstellung mit Anrecht auf Prämie 10 Sgr.

Passe-Partouts à 10 Sgr. sind an der Kasse zu haben und bei den Herren: **C. Adamski**, Breslauerstraße, **J. Affeltowicz**, Wallischei, **K. Hebanowski** im Bazar, **M. Jaroczyński**, Halbdorfstraße, **L. Kurnatowski & Co.**, Wilhelmsplatz, **I. N. Leitgeber**, große Gerberstraße, **T. Luziński**, Wilhelmsstraße, **J. Nawrocki**, Breitestraße, **A. Pfitzner** am alten Markt, **S. Żychliński**, Berlinerstraße.

Diverse Pariser Ausstellungs-Artikel, als: **Regenschirme, Spazierstöcke, türkische Pfeifen, Leuchter, Shawlnadeln und Manschettenknöpfe** empfehlen zu Weihnachtsgeschenken für Herren

Loga & Bieliński,

Wilhelmsplatz Nr. 1.

F. E. Kaden

aus Neuhausen in Sachsen bezieht Posen mit Holzspielwaren ein groß und ein detail, und verkauft, um Reise-Bracht zu sparen, zu sehr billigen Preisen.

Bude: **vis-à-vis** der Buchhandlung von **H. J. Süssmann & Sohn**, Markt 80.

Wachsstücke, Baumlichkeiten und brillante Lichthalter empfiehlt **Joachim Benda**.

Corsets

empfiehlt in reichster Auswahl zu billigsten Preisen

S. Kantorowicz

(Leinen- und Teppichlager, Wäschefabrik.)

Louis Moebius's**Glas- und Porzellan-Lager**

ist in englischen und böhmischen Artikeln, sowie in weißem und dekorirtem Porzellan reichhaltig assortirt und empfiehlt dasselbe gütiger Beachtung.

Chemnitzer Kohlen-Platteisen

(ohne Bolzen zu plätzen) neuester Konstruktion,

Fleischhackmaschinen

zu praktischen Weihnachtsgeschenken sich eignend, empfiehlt das Magazin für Haus- und Küchengeräthe von

S. J. Auerbach.

Einen bedeutenden Theil unseres fertigen Herren-Garderoben-Lagers, bestehend in schwarzen Tuchröcken, Jaquetts, Beinkleidern, Westen u. s. w. haben wir auf den halben Kostenpreis herabgesetzt und vom heutigen Tage ab zum Ausverkauf gestellt.

Loga & Bieliński.

Petroleum- und Ligroine-Lampen, Russische Samowars, Untersetzer und Spülküpfe, Franz. Eis- und Wiener Kaffee-Extractions-Maschinen, Ofengeräthe, Geräthständer und Ofenvorsteher, Alsenide-Eckbestecke und Tafelgeräthe, Solinger, englische und französische Stahl- und Kurzwaaren, Portemonnais, Cigarrentaschen, Necessaires, Damen-, Courier- und Reisetaschen, Koffer u. c. in den neuesten Wiener Deffins, Bündnadel- und Lefauheux-Gewehre, Revolver und Pistolen, Hühner- und Hasentaschen, Cartouches u. c. empfiehlt

August Klug,
Breslauerstraße Nr. 3.

Elegant gekleidete Puppen,

Schreipuppen

verkaufe wegen gänzlicher Aufgabe dieser Artikel bedeutend unterm Fabrikpreise. Gleichzeitig empfiehlt Puppenköpfe, Rumpfe, Schuhe, Strümpfe, Schmuck, Pelzgarituren, Klapptaschen und Puppenarme.

Joachim Bendix.

Eine neue Sendung aufgezeichnete Garnituren, Schuhdecken in Piqué und Tischarten, Seelenwärmere, Krinnerkragen, wollene Hauben, Gummischuhe u. Portemonnais empfing und empfiehlt zu Weihnachtsgeschenken

Anna Koehler,
Sapiehavplatz, im Hause des Hrn. Pineus.

Lichthalter
für Weihnachtsbäume, zierlich und praktisch, empfiehlt billigst

H. Klug.

Die Frenzelsche Niederlage befindet sich Wilhelmplatz Nr. 6. im Sternschen Hause.

Es empfiehlt einer geneigten Beachtung sein bedeutendes Lager in Ungarwein, Champagner, Bordeaux- & Rheinwein, spanischen & französischen Weinen, engl. Porter- & Ale zu Engros-Preisen im Detail-Verkauf.

Goldschmidt's Hôtel und Weinhandlung in Schrada.

Die Weinhandlung L. Silberstein, Schloßstr. 5., empfiehlt ihr Lager direkt bezogener Bordeaux in guter Qualität zu civilen Preisen.

Konzessionirt von den kgl. preußischen Ministerien mit Allerhöchster Bewilligung

St. Maj. des Königs: Julius Schulzscher Malz-Extrakt,

gegenwärtig Salon- und Tafelgetränk sämlicher Fürsten Europas. Empfohlen von den Hof- u. Leibärzten Sr. Maj. des Königs, Ihrer Maj. der Königin und der königl. Prinzen, sowie von den königl. Garnison-Lazarett-Kommission zu Berlin. Amtlich analysirt von dem gerichtlich vereidigten Chemiker, Privatdozenten der Universität zu Berlin, Hrn. Dr. Sonnenchein.

Preis pro Flasche 4 Sgr. (egcl. fl.)

Von diesem meinen Malz-Extrakt habe ich Herrn Isidor Appel in Posen, Bergstr. 7., die alleinige Niederlage für Posen und die Provinz übergeben.

Julius Schultz, Berlin.

Schalmandeln und Traubengroßnissen, Sultan- und Elemé-Rosinen, Sultan- und Kranz-Früchten, Messinaer Citronen und Apfelsinen, Görzer Maronen und Prünnellen empfiehlt

Eduard Stiller,
vorm. F. A. Wuttke,
Sapiehavplatz 6.

Die Weinhandlung en gros et en détail von

A. Pfitzner

am Markte

empfiehlt zum bevorstehenden Feste ihr großes Lager von feinen Ungar- und Bordeaux-Weinen, die beliebtesten Marken echten Champagners, Rhein- und Moselweine u. c. zu den jolliesten Preisen.

Bei Abnahme von Dutzend Flaschen werden Engrospreise berechnet.

Frische große Hasen empfiehlt zu billigen Preisen

Eduard Stiller,

vorm. F. A. Wuttke,

Sapiehavplatz 6.

Sonntag und Montag: Frische Stollen (Striezel) u. Napfkuchen

zur Auswahl vorrätig bei

H. Wolkowitz,

Konditorei Wilhelmplatz 12.

Beste französische Wallnüsse, Sicilianische Lamberti-nüsse, Amerikanische Paranüsse, empfiehlt zu billigen Preisen

Eduard Stiller,
vorm. F. A. Wuttke,
Sapiehavplatz 6.

Nepfels, die feinsten Sorten, sind billig zu haben bei

Busse in Karlsbad hier.

Bonbons,
immer frisch, das Pfund von 8 bis 20 Sgr.

Knallbonbons,
zu 20 Sgr. und 1 Thlr., empfiehlt

A. Pfitzner
am Markte.

Die ersten führen
Apfelsinen
empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Guter Plaumenmus steht zum Verkauf zu herabgesetzten Preisen bei

W. Müller, Schloßberg Nr. 1.

Königsberger Randmarzipan, in Säcken und einzelnen Stücken, gleichzeitig billiges Baumkonserv empfiehlt

R. Neugebauer,
Konditor, Wilhelmplatz 10., vis-a-vis dem Stadttheater

Z. Z.

Den ungeheuren Andrang von Briefen schriftlich zu bewältigen, bin ich ganz außer Stande. Ich kann mich daher nur hiermit nochmals auf mein Circulaire vom 16. d. beziehen und bemerke, daß nur eine mündliche Unterredung mit mir zum Ziele führen kann.

Posen, den 20. Dezember 1867.

Adolph Asch.

Die nächsten grossen Ziehungen der k. k.

Lotterie-Anlehen

finden statt:

1. Am 2. Jänner 1868.

39. Ziehung der Credit-Loose.

Höchster Treffer: Eine Viertel Million Gulden ö W., niedrigster Treffer fl. 165.

Einlage 3 Thaler pr. Loos und bei Abnahme von 6 Stück à 18 Thaler ein siebentes Stück gratis.

2. Am 1. Februar 1868.

16. Ziehung der östr. fl. 500

Loose.

Höchster Treffer fl. 300,000, niedrigster fl. 600 ö. W.

Einlage pr. gänzlos 6 Thaler, Fünftel Thlr. 1. 15 Sgr., oder fl. 2. 30. und bei Abnahme von je 6 Stück ein ganzes oder ein Fünftel Stück gratis.

3. Am 2. März 1868.

19. Ziehung der östr. Staats-

Loose vom Jahre 1864.

Höchster Treffer fl. 200,000, niedrigster fl. 150 ö. W.

Einlage 2 Thaler = fl. 3. 30 süd-deutsch und 7 Stück à 12 Thaler = fl. 21 süddeutsch.

Die Looses sind auf von der k. k. Regierung verarbeitete gesetzlich gestempelte Scheine gefertigt und wird jeder Auftrag nach Erhalt der betreffenden Rimesen sofort von uns mit der bekannten Geschäftspromptitüde und Gewissenhaftigkeit ausgeführt.

VOELCKER & Co.

Bankgeschäft

in Wien, Kolowratring Nr. 4.

Zur gefälligen Nachricht:

Postnachnahmen aus den k. k. Staaten nach dem Auslande können nicht nach bestehenden Postverträgen erhöhten werden.

NB. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird hier ausdrücklich bemerkt, dass mit den beigesetzten Einlagen ein jeder Losabnehmer eine gesetzliche „Boas-fide“ chance erkauf, an dem betreffenden Ziehungsstage den höchsten Treffer zu machen.

Originalloose

zur 1. Klasse Hannoverscher Lotterie, Siebung am 13. Jan. 1868. Ganze 4 Thlr. 10 Sgr. Halbe 2 Thlr. 5 Sgr., Viertel 1 Thlr. 2½ Sgr., sowie Originalloose zur 1. Klasse Osnaabrücker Lotterie. Ganze 3 Thlr. 7½ Sgr. Halbe 1 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. versendet auf direkte baldige Bestellung die Königl. Preuß. Hauptkolation **J. S. Rosenberg** in Göttingen.

Am 8. Januar beginnt die kgl. preuss. Staats-Lotterie, mit Gewinnen von 150,000, 100,000, 50,000 Thlr. u. s. w.

ihr erste Klasse.

Hierzu verkauft u. versendet Loose

1/1 Thlr. 1/2 Thlr. 1/4 Thlr.

1/8 Thlr. 1/16 Thlr. 1/32 Thlr. 1/64 Thlr.

2½ Thlr. 11/8 Thlr. 20 Sgr. 10 Sgr. alles auf gedruckten Anteilscheinen, gegen Postworschuf oder Einsendung des Beitrages

die Staats-Effekten-Handlung von **M. Meyer**, Stettin.

NB. Im Laufe der letzten Lotterien fielen in mein Débit 100,000, 40,000, 20,000 und 15,000 Thlr.

Eine herrschaftliche Wohnung ist umzugshaber sofort oder zum 1. Januar zu vermieten. Näheres Berlinerstr. 13. bei Kommissarin Mendel.

Ein elegant möbl. Zimmer ist vom 1. Januar ab zu vermieten. Fischer Nr. 6, Parterre.

Halbdorfstr. 13. 1 möbl. Zimmer nebst Kabinett für 4½ Thlr. monatl zu vermieten.

Ein freundl. möbl. Zimmer zu vermieten St. Martin 41. Krug's Gasthof, Part. rechts.

Eine gut möblirte Stube zu vermieten Bäckerstraße 3., 3 Treppen rechts.

Wasserstr. Nr. 2., im 1. St., eine grosse Wohnung von 7 Zimmern nebst nöthigem Zubehör im Ganzen oder auch getheilt vom 1. April 1868 ab zu vermieten.

kleine Gerberstr. Nr. 2 sind vom 1. Januar f. mehrere kleine Wohnungen zu vermieten. Philipp Weitz jun.

Sapiehavplatz Nr. 3. ist ein gut möblirtes Zimmer vorne heraus zu vermieten.

Ein unverheiratheter tüchtiger Wirthschafts-Inspектор findet zu 1. Januar 1868 auf dem Dominium Sarbia bei Wiescisko eine Stelle. Gehalt 120 bis 130 Thlr. Gute Alters- und Bedingung. Persönliche Vorstellung ist erwünscht.

Ein tüchtiger Destillateur, mit guten Bezeugnissen versehen, findet sofort oder zum 1. Januar f. 1. ein Engagement bei

H. Hirschberg in Gnesen.

Ein Wirthschaftsbeamter, gegenwärtig noch in Stellung, dem die besten Bezeugnisse zur Seite stehen, sucht zum 1. Januar fut. a. ein anderes Engagement.

Gef. Off. werden unter der Chiffre O. II. poste restante Posen erbeten.

Der Finder einer gestern Abend im Volksgarten-Saal oder auf dem Wege von demselben verlorenen Orgnette mit einer Schildkröte-Schale wird gebeten, dieselbe gegen eine Belohnung von 10 Sgr. in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

1 Sgr. Belohnung für den Aufenthalt des Commiss. Jakob Geltenberg aus Posen.

F. Hartmann, Schneidermeister in Breslau.

5 Thaler Belohnung. Gestern Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr ist von meinem Kollwagen auf der Breitenstraße 1 Kistchen Kurzwaaren E & S # 934, ca. 25 Pf., abhanden gekommen. Wer mir zur Wiedererlangung derselben verhilft, sichere ich obige Belohnung zu.

H. Schiff, Spediteur.

Verlag von **Wiegandt & Hempel** in Berlin.
Menzel und von Lengerke's

verbesserter landwirthschaftlicher
Hülfss- und Schreib-Kalender
auf das Jahr 1868.

Einundzwanziger Jahrgang, 2 Theile.
(1. Theil geb., 2. Theil broch.) Herausgegeben von O. Menzel, Königl. Wirkl. Geh. Kriegsrath, und Dr. Lüdersdorff, Königl. Landes-Dekonomie-Math.

Gewöhnl. Ausg. (mit ½ Seite weiß Papier pro Tag) in engl. Leinen geb. 22½ Sgr. in Leder geb. 1 Thlr.

Große Ausg. (mit 1 ganzen Seite weiß Papier pro Tag) in engl. Leinen geb. 1 Thlr. in Leder geb. 1 Thlr. 5 Sgr.

Landwirthschaftliche Zeitschriften für 1868:
Landwirthschaftliches Centralblatt

für Deutschland.
Repertorium der wissenschaftlichen Forschungen und praktischen Erfahrungen im Gebiete der Landwirtschaft.

Gegründet von Adolf Wilda. Fortgesetzt von Anton Kroder. Preis für den Jahrgang 5 Thlr.

Alle Buchhandlungen und Post-Ausstalten führen Abonnements-Bestellungen aus.

Saison-Spiel für 1867.
So eben erschien neu im Verlage der Blaun'schen Buchhandlung (Henri Sauvage):

Das Storch-Mops-Frosch-Spiel, bestehend aus einem Tableau, diversen Karten, Würfeln und dem bekannten Münchener Bilderbogen. Bezeichnungen von Louise Thalheim.

Ein lustiges Gesellschaftsspiel für die Jugend und deren Freunde. Der bekannte Humorist gibt hiermit der lachenden Kinderwelt wieder neuen Stoff zur Fröhlichkeit und sei dieses neue Werk des beliebten Autors allen Eltern und Erziehern bestens empfohlen. Die Ausstattung ist wie stets geschmackvoll und elegant.

Borrähig bei Joseph Jolowicz, Markt 74.

Vorrätig in allen Posener u. auswärtigen Buchhandlungen.

Zu Weihnachten empfohlen aus dem Verlag von L. Rauh in Berlin.

Christliche Novellen:

- a) von der Verfasserin von **Stolz und Still**: eine kleine Geschichte aus grosser Zeit, à 27 Sgr.
Krieg und Frieden (neu), à 20 Sgr.
Stolz und Still (neu), 2. Aufl. à 18 Sgr.
Weltkind und Gotteskind, à 27 Sgr.
Marie, in Demuth muthig, à 22½ Sgr.
Elise, à 27 Sgr.

b) von Andern:

- Wie Gott will! (neu)**, à 20 Sgr.

Irdische u. himmlische Liebe (neu), à 20 Sgr.
 Jede dieser Novellen kostet elegant in Leinwand geb. 10 Sgr. mehr.

Jugendschrift:

- Kleine Geschichten für die christl. Jugend**. Aus dem Englischen. Preis 10 Sgr.

Biographie:

- Aus dem Leben eines Frühvollendeten (neu)** (des Pfarrers Beyschlag) 4. Aufl. à 2 Thlr. gebunden à 2 Thlr. 10 Sgr.

Gedichte:

- Haideröschen**. Hinterlassene Gedichte von Franz Beyschlag, 20 Sgr., mit Goldschn. geb. 1 Thlr.

Der Geist, in dem die obigen Werke geschrieben, ist der des evangelischen Christenthums, extremen Richtungen sind sie nach beiden Seiten hin fremd. Wer in diesem Sinne christliche Lectüre zur Erbauung, Belehrung und Unterhaltung sucht, wird Passendes finden. Für die Gediegenheit sprechen die Namen der Verfasser und die mehrfachen Auflagen der älteren der obigen Werke.

Unterhaltende, werthvolle und sehr billige Lectüre.

Bon dem Jahrgange 1865 der im Verlage von Otto Janke in Berlin erscheinenden, amerikanisch vortrefflichen

Deutschen

Romanzeitung, welcher 12 grosse u. viele kleinere Romane, als: Weißner: Lemberger und Sohn — Seizing: Kunst und Kunst — Corvinus: Drei Federn — Möllhausen: Mandanawaise — Steffens: Die Schulgefährten — Hesekel: Der letzte Troubadour — Willkomm: Der lezte Trunk — Schmidt: Friesel und Oswald — Schwarz: Die Tochter des Baldes ic. ic. enthält (die in Buchform ca. 60 Thlr. kosten würden), habe ich eine Anzahl Exemplare acquirirt, welche ich, so weit der Vorrath reicht,

für 1½ Thlr. ablaßt.

Louis Türk, Wilhelmst. 4.

Durch alle Buchhandlungen ist von uns zu beziehen:

Kinder- und Hausmärchen gesammelt durch die Brüder Grimm.

Kleine Ausgabe. Mit sieben Bildern in Holzschnitt.

Elste Auflage. 1864. Velinpapier. In engl. Einband 1 Thlr.

Wödste Auflage. 1867. Druckpapier. In farbigem Umschlag farbton mit 15 Sgr.

Unstreitig unter allen Märchenbüchern das schönste. (Bernhard's Wegweiser ic.)

Herr. Dümmler's Verlagsbuchhandlung in Berlin.

Vorrätig bei **J. J. Heine**

in Posen, Markt 85.

41 grohe Illustrationen. Prachtvolles Festgeschenk. 41 grohe Illustrationen.

Märchen, illustriert von Gustav Doré.

Preis 4 Thaler.

J. J. Heine, Markt 85.

Preis 4 Thaler.

41 grohe Illustrationen. Prachtvolles Festgeschenk. 41 grohe Illustrationen.

Märchen, illustriert von Gustav Doré.

Preis 4 Thaler.

Posen, bei Ernst Rehfeld, Wilhelmst. 1.

Preis 4 Thaler.

Die Lustfeuerwerkerei,

oder
vollständige Anweisung zur Anfertigung aller Feuerwerkskörper, als: Schwarzer, Land-, Wasser- und Tisch-Narren, Brander, Kanonen-Schläge, Leucht-Kugeln, Sterne, Feuer-Räder, Tourbillons, Biene-Lörbe, Bomben-Röhren u. s. w.;

Nebst praktischer Anweisung zur Erzeugung des elektrischen Lichtes, des chinesischen Feuerwerks, den galischen Flammen, u. s. w.

Mit Abbildungen.

Von Karl Weber.

Preis 15 Sgr.

Zu haben in der Buchhandlung von Joseph Jolowicz, Markt 74.

S. 22 XII A. 6., Christbescheerung darauf

M. C. u. B.

Die Stereoscopen.

Ein Apparat und 12 schwarze Bilder (Landschaften und Gruppen) 1 Thlr.

Ein Apparat und 12 Bilder (6 Landschaften, 6 sol. Gruppen) 1 Thlr. 10 Sgr.

Ein Apparat und 10 farb. Gruppen und Landschaften, und 2 feine Transparenten 2 Thlr.

Je nach der Güte des Apparats und der Bilder steigern sich die Preise verhältnismäßig. Apparate jeder Konstruktion und Bilder der feinsten Qualität, Ansichten aller Länder u. Städte, Gruppen, Augenblicks- und Wasserbilder. Transparent- und Glasbilder i. c. ic. sind in grösster Anzahl und Auswahl auf Lager.

Ansichtsendungen auf kurze Zeit werden mit Vergnügen gemacht.

Joseph Jolowicz, Markt 74.

Polytechnische Gesellschaft.

Sonnabend 8 Uhr Abends.

Posener Marktbericht vom 20. Dezember 1867.

	von	bis	von	bis
	Th	Sgt	Th	Sgt
Heiner Weizen, der Scheffel zu 16 Mezen	3	20	3	23
Mittel-Weizen	3	11	3	15
Ordinärer Weizen	3	—	3	5
Roggen, schwere Sorte	2	25	2	26
Roggen, leichtere Sorte	2	21	2	22
Große Gerste	2	2	2	5
Kleine Gerste	—	—	—	—
Häfer	1	8	1	12
Kocherbsen	—	—	—	—
Frutterbsen	2	14	6	2
Winterrüben	—	—	—	—
Winterrapss	—	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—	—
Sommerrapss	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—
Kartoffeln	—	21	—	22
Butter, 1 Fass zu 4 Berliner Quart.	2	5	2	20
Rotter Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—
Weisser Klee, ditto	—	—	—	—
Heu,	ditto	ditto	—	—
Stroh,	ditto	ditto	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles, am 19. Degbr. 1867 . . . kein Geschäft.

Die Markt-Kommission zur Bestellung der Spirituspreise.

Israelsischer Armen-Verein.

General-Versammlung

Mittwoch den 25. Dezember Vormittags 10 Uhr im Sitzungskabinett Judenstraße 18. f. 19.

zu der die geehrten Vereins-Mitglieder hierdurch eingeladen werden.

Tagessordnung:

- 1) Wahl von 4 Vorstand-Mitgliedern.
- 2) Vorlegung der Jahresrechnung pro 1867, und
- 3) Wahl des Ausschusses zur Prüfung resp. Dechirgierung der Rechnung.

Posen, den 19. Dezember 1867.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten:

Die Verlobung unserer Tochter Ulrike mit unserm Neffen Herrn Hermann Silberstein beeindruckt uns Freunden und Bekannten hiermit ergebnis angesehen.

Posen, 20. Dezember 1867.

M. Krombach und Frau.

Ulrike Krombach,
Hermann Silberstein,
Verlobte.

Die gestern Abend zwar schwere aber glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Laura, geb. Landsberg, von einem kräftigen Sohne, beeindruckt mich hierdurch Verwandten, Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung ergebnis anzusehen.

Posen, den 19. Dezember 1867.

Gustav Macho.

Auswärtige Familien-Nachrichten:

Verlobungen. Fr. M. Krieg mit dem Justiz-Aktuar H. Bohmstedt in Berlin, Fr. M. Kraemer mit dem Prem.-Lieut. H. Henner in Dorfau, Fr. Aug. v. Müller in Gr. Cunow mit dem Grafen Ulrich v. Deynhausen a. d. Hause Brahlendorf in Schwerin.

Verbindungen. Fr. Majoratsherr M. v. Küster in Lomnitz mit Fr. E. v. Kleist in Landsberg a. W.

Geburten. Ein Sohn: Hrn. H. Müller in Berlin, Hrn. Dr. Adelung in Potsdam, dem Apotheker P. Schmidt in Ohlau, dem Landrat W. Loepel in Lopersdorf, dem Militär-Oberprediger Albert in Hannover. Eine Tochter: Hrn. D. Calix in Berlin.

Todesfälle. Rentier G. Hüning in Prizwall, Graf Heinr. Ludw. zu Lynar in Lübben, Polizei-Ober-Sekretär Kanzleirath Hoffmann in Stettin.

Stadttheater in Posen.

Kreitag den 20. Dez. Auf allgemeines Verlangen: Zum dritten Male: Margaretha. Große Oper in 5 Akten. Musik von Th. Sonnold.

Mittwoch den 25. Dez., 1. Weihnachtsfeiertag, früh 8 Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Goebel (Abendmahl). — Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Goebel.

Dienstag den 24. Dez. Nachm. 4 Uhr: Liturgischer Gottesdienst zur Christnacht und unmittelbar darauf Vorbereitung zum Abendmahl.

Mittwoch den 25. Dez., 1. Christtag, Vorm. 10½ Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Goebel (Abendmahl). — Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Goebel.

Donnerstag den 26. Dez., 2. Christtag, Vorm. 10½ Uhr: Herr Konfessorialrath Dr. Steinmender (Abendmahl).

Garnisonkirche. Sonntag den 22. Dezember Vorm. 10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinmender.

Dienstag den 24. Dezember Abends 5 Uhr: am heiligen Christabend, liturgische Andacht.

Mittwoch den 25. Dezember, 1. Weihnachtsfeiertag, Vorm. 10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinmender (Abendmahl). — Nachm. 5 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinmender.

Donnerstag den 26. Dezember, 2. Weihnachtsfeiertag, Vorm. 10 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinmender (Abendmahl). — Nachm. 5 Uhr: Herr Divisionsprediger Dr. Steinmender.

Sonntag den 22. Dezember Vorm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Mittwoch den 25. Dezember, 1. Christtag, früh 6 Uhr, Christnachtsfeier. — Vorm. 10 Uhr: Predigt: Fr. Pastor Kleinwächter.

Donnerstag den 26. Dezember, 2. Christtag, Vorm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 5. bis 12. Dez.: getauft: 6 männliche, 3 weibliche Pers., gestorben: 6 männliche, 1 weibliche Pers., getraut: 3 Paar.

Wiederholung: Sonntag den 22. Dezember Vorm. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Sonntag den 21. d. Wits. frische Kesselwurst mit Sauerkohl bei H. Baer, Wasserstraße 14.

Berg-Halle.

Sonnabend den 21. Dezember Gisbeine wo zu ganz ergeben einlädt Carl Blaschke, Bergstr. 14.

Börse zu Posen

am 20. Dezember 1867.

Wonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 85½ Br., do. Rentenbriefe 89½ Br., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84½ Br., Schubiner 4½% Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe —.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [D. Scheffel = 2000 Pfdr.] pr. Degbr. 68½, Degbr. 1867 und Jan. 1868 68½, Jan. Febr. 1868 69, Febr. März 1868 —, März. April 1868 —, Frühjahr 1868

